

Bezugspreis:

Wochenschrift 30.- M., monatlich 10.- M., ...

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenpreisliste ...

MORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: EW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 19. April 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., EW 68, Lindenstr. 3

Protest gegen den Kussenvertrag. Verhandlungen mit Rußland ohne Deutschland.

Genua, 18. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Chefdelegierten Englands, Frankreichs, Belgiens, der Tschechoslowakei, ...

Die unterzeichneten Mächte haben mit Ueberraschung vernommen, daß Deutschland im ersten Stadium der Arbeiten der Konferenz ...

Es ist kaum eine Woche vergangen, seitdem der deutsche Reichskanzler ...

Die unterzeichneten Mächte müssen hiermit der deutschen Delegation ...

Insgesamt ein Abkommen mit Rußland über die besonderen Fragen beschlossen, die sie sich verpflichtet hatten, ...

Dies vorausgesetzt, sind die Unterzeichneten der Meinung, daß es nicht gerecht und billig wäre, wenn Deutschland, nachdem es ein ...

Genehmigen Sie, Herr Präsident usw. (Gen.) Lloyd George, de Jaria, Barthou, Tseunis, ...

Wie EP dazu erzählt, hatten die Franzosen und Engländer zunächst viel strengere Strafbestimmungen für Deutschland beantragt ...

Ueber den Stand der Dinge in Genua unterrichtet der oben wiedergegebene Text der an die deutsche Delegation gerichteten Note. ...

Die Tatsache, daß zwischen Deutschland und Rußland Verhandlungen schwebten zu dem Ziel, wie es in dem nun vorliegenden Vertrag fest umrissen ist, war auch hier und in aller Welt längst bekannt. ...

Wenn dieser Abschluß wie ein Ueberraschungstreich wirkte — Blüchschlag, Donner, Faustschlag —, so lag das gemiß nicht in der Absicht der deutschen Delegation. ...

Am Laufe der Verhandlungen über die Rußlandfrage ergab sich jedoch eine Situation, die sie nicht vorausgesehen hätte und die nach ihrer Meinung die Notwendigkeit zu neuen raschen Entschlüssen in sich barg. ...

Unter solchen Umständen war die Sorge der deutschen Delegation, sie könnte am Ende der zwischen der Entente und Rußland geführten Verhandlungen vor einer vollendeten, für sie höchst unangenehmen Tatsache stehen, ...

Wenn nun die Sache in auswärtigen Blättern so dargestellt wird, als sei von der deutschen Delegation beabsichtigt, eine neue weltpolitische Konstellation — Deutschland und Rußland gegen die Entente — zu schaffen, ...

Wären Fehler begangen worden, so wäre es ungerecht, sie nur auf einer Seite zu suchen. Wenn die deutsche Delegation nicht glaubte, daß aus Verhandlungen, die

in ihrer Abwesenheit geführt wurden, etwas auch für Deutschland Nützliches ersprießen würde, sondern es als ihre Pflicht ansah, rasche Vorkerkungen gegen ein unerwünschtes Ergebnis zu schaffen — welcher gerecht Denkende wollte verkennen, daß dieser Mangel eines vollkommenen Vertrauens in die Absicht der anderen, auch Deutschlands Lebensnotwendigkeiten zu wahren, in vielen bitteren Erfahrungen der Vergangenheit seine Rechtfertigung findet?

Bewies war der Zwischenfall selbst und die Aufnahme, die er gefunden hat, ein Beweis dafür, daß die Luft noch immer mit Mißtrauen geladen ist. Der Zweck der Konferenz von Genua soll aber gerade sein, die Luft zu reinigen und Beziehungen zwischen den Völkern zu schaffen, die auf gegenseitiges Vertrauen gegründet sind. ...

Die deutsche Delegation, die nicht mit der Absicht und nicht mit dem Auftrag nach Genua gefahren ist, die deutsche Politik auf russischem Geleis zum Zusammenstoß mit der Entente zu führen, hat die Aufgabe, Mißverständnisse aufzuklären und dafür zu sorgen, daß Deutschland mit einem vermehrten Fonds von Vertrauen von der Konferenz zurückkehrt. ...

Das ist es, was man von Berlin aus der deutschen Delegation sagen kann. Welche Schritte sie zu unternehmen hat, um zu dem wünschenswerten Ergebnis zu gelangen, muß sie an Ort und Stelle selbst entscheiden, insbesondere auch, wie sie sich mit der Lage abzufinden gedenkt, die durch die neueste Note der Entente geschaffen ist und die wir von hier aus keineswegs als hoffnungslos beurteilen.

Warum der Vertrag geschlossen wurde.

Paris, 18. April. (EE.) Das Mitglied der deutschen Delegation, Dr. Hülserding, gab dem „Temps“-Vertreter in Genua folgende Erklärung: Der Vertrag war seit mehreren Monaten fertig. Die deutsche Regierung hatte nicht die Absicht, die Konferenz vor eine vollendete Tatsache zu stellen. ...

Paris, 18. April. (WZ.) Der Sonderberichterstatter des „Deuore“ in Genua telegraphiert seinem Blatt: Seit Monaten und Monaten versuchen die Russen, sich mit der französischen Regierung auseinanderzusetzen, die aber nicht hat hören wollen, ...

London, 18. April. (WZ.) „Manchester Guardian“ sagt in einem Leitartikel, der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages sei eine unvermeidliche Folge des Systems der Alliierten. ...

New York, 18. April. (Reuter.) „New York Herald“ schreibt: Da Rußland aus den Nationen ausgestoßen sei, und da Deutschland durch die Versailles Bestimmungen gefesselt sei, ...

Koalitionspolitik im Rathaus.

Eine Erklärung der Stadträte Brühl und Schünning.

Der Bezirksverband der USPD hat, wie erinnerlich, die beiden bisherigen USPD-Stadträte Brühl und Schünning, die zur alten Sozialdemokratie zurückgekehrt sind, aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen, da sie zu einer anderen Partei übergetreten seien. Sie antworteten darauf mit einem Schreiben, das unsere Leser schon deshalb interessieren wird, weil es auf die praktisch in Berlin bestehende „Koalitionspolitik“ und gleichzeitig erneut auf die Zweispaltigkeit hinweist, in der sich die USPD dauernd zwischen Wortradikalismus und Ansätzen zu verantwortlicher Mitarbeit hin- und herbewegt. Das Schreiben lautet:

Wir sind unter dem 12. April d. J. aufgefordert, unsere Mandate niederzulegen, dies lehnen wir ab und begründen die Ablehnung mit den Beschlüssen der USPD. Diese hat vor kurzem auf der Reichskonferenz beschlossen, daß über die Mandate dieser Partei zu verfahren sei, welcher man sich anschließen und hiernach ist auch bei den Abgeordneten, die von der USPD zur USPD übergetreten sind, verfahren worden.

Eine Partei, die solche eigenartigen Grundzüge aufweist, kann, wenn sie konsequent bleiben will, auch von ihren Mitgliedern, wenn diese zu einer anderen Partei übertritten, keine Mandatsniederlegung verlangen. Aber auch aus einem anderen und für uns wichtigeren Grunde werden wir unsere Funktionen weiter ausüben. Bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen in der Stadtverordnetenversammlung würden unsere Mandate mit höchster Wahrscheinlichkeit den Rechtsparteien zufallen. Wir werden daher als Mitglieder der SPD, die uns ja mitgewählt hat, genau wie bisher, unsere Pflicht und Schuldigkeit tun.

In der Annahme, daß diese Antwort ebenfalls in der „Freiheit“ veröffentlicht wird, benutzen wir die Gelegenheit, kurz sachlich unseren Austritt zu begründen:

Alle Magistratsmitglieder der USPD haben seit jeher im innigsten Einvernehmen mit den SPD-Magistratsmitgliedern zusammengearbeitet. In allen Bezirksämtern ist es ähnlich so, ja in vielen Fällen ist ein Zusammengehen mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien zu konstatieren. Diese Koalitionspolitik, die ja nach den Mehrheitsverhältnissen stärker oder schwächer in Erscheinung tritt, ist notwendig, um überhaupt positive Erfolge zu erzielen.

Alle USPD-Magistratsmitglieder, Bürgermeister und Bezirksamtsmitglieder treiben somit eine Politik der Verantwortlichkeit, welche im direkten Gegensatz zu der Haltung der Mehrheit der Stadtverordnertenfraktion steht. Diese läßt sich nur von reinen parteipolitischen Gesichtspunkten leiten, und durch eine lediglich nicht berechtigte Kritik wird die Tätigkeit ihrer in verantwortungsvollen Stellen wirkenden Mitglieder sabotiert. Durch diese zweispaltige Haltung werden auch die Wähler der USPD irregeführt. Hinzu kommt das provokatorische Vorgehen des Fraktionsredners der USPD in der Stadtverordnetenversammlung anlässlich der Vorlesungsvorlage des Magistrats, welche unter Zustimmung aller USPD-Magistratsmitglieder beschlossen war. Gegen diese Provokation haben wir uns mit unserer Erklärung gemeldet und mußten, da die Fraktion den Fraktionsredner deckte, wir aber den Boden einer Politik der Verantwortlichkeit nicht verlassen wollten, die Konsequenzen ziehen.

Der Logik dieser Darlegungen wird sich ja wohl auch die Leitung der USPD nicht entziehen können. Auch sie wird ja wohl kaum die Absicht haben, diese Mandate den Rechtsparteien in die Hände zu spielen. Und was das Reichstagsmandat Brühls anlangt, so wird der Zentralkomitee der USPD sicher nicht unbekannt sein, daß auch die im Falle der Mandatsniederlegung Brühls auf der Liste nachrückenden Kandidaten der USPD nicht mehr angehören. Beobachtet die Zentralkomitee an Stelle des Sozialdemokraten Brühl denn einen neuen Kommunisten in den Reichstag zu bugfixieren?

Frühlingsopfer.

Von Georg Strelitzer.

So wie die Sonne wieder scheint und die Natur von neuem ins Blühen und Gedeihen kommt, zieht der Stadtmensch beglückt ins Freie hinaus und freut sich, daß es der Natur besser geht als ihm. Und als Andenken an solche sonntägliche Wanderungen bringt er gern ein paar Frühlingsblumen oder Dillstauden nach Hause mit und stellt sie in eine Vase mit frischem Wasser, bis sie weilt sind. Diese löwene Stütze ist eine Erinnerung an die graue Vorzeit, als die Menschen bei Eintritt besserer Witterung auf Raubbüße ausgingen und alles, was nicht nützlich und nagelfest war, als ruhmreiche Beute heimgeschleppten. Es soll also dagegen nichts gesagt sein, obgleich dieser Brauch oft zu einem vorbildlichen Unfug ausartet. Denn manche reifen ganze Urwälder aus, um sie in ihre Wohnungen zu verpflanzen. Aber schließlich sagt sich der naive Mensch: „Wozu wollen die Blumen, wenn nicht für mich?“ Und darum pflückt er, so lang er pflücken kann. Auf dem Heimweg verliert er dann die Hälfte — aber das sind Geschäftskosten.

So gibt es Leute, die es nicht ertragen können, wenn ein junges Pflänzchen aus grünem Kleingrunde sich seines Lebens freut. Gleich greifen sie es, drücken es mit der Nase in Berührung und sagen: „Oh, das duftet!“ Und dann werfen sie das Zeug wieder fort. Ihre Beziehungen zu den Blumen erstrecken sich auf das Pfücken und Aneben. Sie opfern den Frühlingsgöttern, indem sie deren Lieblingen Holz und Stengel brechen, indem sie die Felder ihres Schandens berauben und sich sonst sehr naturräuherisch benehmen.

Aber der Wahrheit die Ehre! Nicht alle sind ja. Der Berliner z. B. nimmt nicht nur von der Natur, er gibt ihr auch etwas. Er opfert ihr im wahren Sinne des Wortes. Dabei bevorzugt er gewisse Derivatsorten, wo man gleichzeitig in die Sonne gucken, Stat spielen, Kaffee kochen, auf der Wiese pennen und haben kann. Die beliebtesten Opfergaben sind der Brunnenwurz und die Ogeren um den Mannes. Spätere Geschlechter werden staunend nach die Spuren dieser Opfergaben betrachten und sich daran erbauen können.

Die Opfergaben werden nach alten heidnischen Grundsätzen vorgenommen. Im Altertum opferte man bekanntlich den Göttern, indem man die schönsten Tiere schlachtete, Eingeweide u. dgl. den himmlischen Jüngern und das Fleisch selber aß. Bei den heutigen Fleischopfern kann sich der Berliner keinen solchen Luxus mehr leisten. Er packt am Sonntagmorgen für sich und seine Familie eine Anzahl mehr oder weniger belegter Butterstullen ein und zieht dann lauschend in die Natur hinaus.

Die Natur ist meistens einige Schritte von der Bahnstation entfernt, in der er aussteigt. Dort pflegt er sich häuslich niederzulassen und die heilige Opferhandlung zu beginnen, indem er die Stullen auspackt und sie mit Genuss verzehrt. Aber als frommes Gemüt und begeistertes Naturverehrer verzehrt er dabei niemals der Frühlingsgötter, die ihm diesen schönen Tag bescherten. Ihnen weicht er — die Wursthäute und das Stullenpapier.

Und darum läßt es in der Umgebung Berlins mehr Wursthäute und Stullenpapier als — Natur.

Kapp in der Klinik.

Herrn Kapps Heilengröße hat mit dem Betreten des deutschen Bodens bereits abgenommen. Vorstichshalber hat Herr Kapp nämlich das Äußere eines schwedischen Professors mitgebracht, wozu er an einer Augenkrankheit leidet. Wenn man ihn schon nicht mit der Untersuchungsheft verfehlt, so will er diese wenigstens in der Krankenkasse zubringen. Tatsächlich ist er denn auch der Leipziger Universitätsklinik zugeführt worden, wo seine Heilfähigkeit geprüft werden soll. Von einer Entlassung Kapps ist im Augenblick nicht die Rede. Nach unserer Information dürfte der Oberreichsanwalt einem solchen Antrag seine Unterstützung verweigern. Wie das Gericht aber entscheiden wird, läßt sich noch nicht voraussagen.

Jagow winkelt um Wiederaufnahme.

Traugott v. Jagow hält das Auftreten seines Kumpan für den geeigneten Augenblick, seine fast in Vergessenheit geratene Person wieder in den Vordergrund zu schieben. Durch eine Korrespondenz langiert er eine langatmige Denkschrift in die Öffentlichkeit, in der er die Unhaltbarkeit des Leipziger Urteils zu begründen und Stimmung für sein Wiederaufnahmeverfahren zu machen sucht. Zur Erweiterung unserer Leser wollen wir mitteilen, daß Herr v. Jagow sich selbst einen „peinlichen Beobachter der Gesetze“ nennt und weiter treuherzig versichert, daß ihm an dem Ministerposten in der Kappregierung gar nichts gelegen habe, er wäre viel lieber wieder — Polizeipräsident von Berlin geworden! Um Reuiger zu warnen...

Einen besonderen Trumpf glaubt Herr v. Jagow damit auszuspielen, daß er immer wieder versichert, Voraussetzung seiner Zusage an Kapp und Bedingung seines Bleibens sei die Bildung einer Koalitionsregierung möglichst auch mit der Sozialdemokratie gewesen. Er entwirft sogar eine Disposition, die er deswegen mit Kapp gehabt habe: Als Kapp ihm mitteilte, daß er den Polizeipräsidenten Eugen Ernst seines Amtes entheben habe, da habe er, v. Jagow, dagegen protestiert und dies als eine „Brüskierung“ der Sozialdemokratie bezeichnet. Wenige Stunden später habe Kapp ihm mitgeteilt, daß Ernst Polizeipräsident bleiben könne.

Man sieht also, was Jagow für ein Kerl war. Nur schade, daß die eigene Ministerfähigkeit dieses koalitionswürdigen Herrn im wesentlichen darin bestanden hat, sämtliche sozialdemokratischen und republikanischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten usw. für abgelehnt zu erklären...

Ein Landfriedensbruchprozess.

Nach dreizehnstägiger Verhandlung ist vor der Herzfelder Strafkammer ein Prozess gegen 17 sozialistische Arbeiter und Arbeiterinnen wegen „Landfriedensbruches“ zu Ende gegangen. Der Ausgangspunkt des Prozesses war eine Seditiousfeier, die von den Kriegervereinen wenige Tage nach der Ermordung Erzbergers abgehalten wurde. Durch die monarchistische Mordtat, durch die höhnerischen Schreiereien der weisfälligen Rechtsprelle — so hatte ein Blatt zu der Ermordung Erzbergers geschrieben: „Ein erleichtertes Aufatmen geht durch die Bevölkerung“ — durch fortgesetzte reaktionäre Provokationen, Treibereien des Jungdeutschen Ordens usw. usw. war die Erregung der republikanischen Bevölkerung aufs höchste gestiegen. Sie antwortete mit einer Gegenkundgebung unter dem Slogan: „Nie wieder Krieg!“ Es waren zwar Abmachungen getroffen, um einen Zusammenstoß zwischen beiden Demonstrationen zu vermeiden, sie wurden aber, wie das Gericht im Urteil feststellte, von beiden Seiten nicht innegehalten. So kam es zu Zusammenstößen, namentlich bei dem Schützenhof, wo die Kriegervereiner unter Aufsicht einer Reichswehrkapelle (!) ihre monarchistische Feier fortsetzten.

Die Anklagebehörde konnte natürlich eine strafbare Schuld nur auf der Seite der Sozialisten und Republikaner entdecken. Diesen wurde der Prozess gemacht. Die Beweisaufnahme zog sich todelang hin, sie gab ein anschauliches Bild, in welcher Weise von reaktionären Organisationen, Pastoren, Kriegervereiner usw. systematisch gegen die Republik gehetzt wird. Eine besondere Rolle spielte das Flagen mit den schwarzweißroten Fahnen.

So wurde z. B. erwähnt, daß bei einem Marinefest in Rindern die Marinevereiner sich bei der Stadt bedankt hatten, daß ihr Fest nicht durch eine einzige schwarzrotgoldene Fahne „verunreinigt“ worden sei. In Enger mußten schwarzrotgoldene Fahnen eingesetzt werden. Für den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Heilmann war die Belichtung dieser Dinge nur ein Anlaß, in seiner Anklagerede ein Loblied auf die „alten rühmreichen Farben“ zu singen, so daß der eine der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schilling mit Recht hervorheben konnte, daß der Staatsanwalt nach wie vor das alte System schätze, während er die Republik schühles lässe.

Das Gericht sprach sieben Angeklagte frei, verurteilte die übrigen zehn wegen Landfriedensbruches, wobei es bei den meisten die gefällige Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis einsetzte. Nur einige Angeklagte erhielten darüber hinaus Gefängnisstrafen bis zu 9 Monaten.

Die Zusammenstöße in Herford sind als spontaner Ausbruch der Erregung der Bevölkerung über die Ermordung Erzbergers zu werten. Wenn die Angeklagten sich von dieser Erregung haben hinreißen lassen, so ist das menschlich verständlich, um so mehr, als die Kreise, gegen die sich ihre Erregung richtete, aus ihrer Sympathie für die Mörder kein Hehl gemacht haben. Wir erwarten, daß der preussische Justizminister die Herforder Verurteilungen aus dieser Erwägung heraus begnadigt.

Fürsorgeerziehung im Schweineföben.

Ein „Kulturwert“ des Herrn v. Kahr.

In der früheren Schweinezuchtanstalt Neuberger bei Wünnen wurde nach Genehmigung durch den Regierungspräsidenten v. Kahr eine „Fürsorgeerziehungsanstalt“ errichtet, trotz des energischen Einspruchs der bayerischen Sozialdemokraten. Die Zöglinge wurden in Schweineföben ohne ausreichende Licht- und Luftzufuhr untergebracht. Der Zweck dieses kulturwidrigen Unternehmens war, mit Hilfe der billigen Arbeitskräfte, die die Zöglinge darstellten, eine menschenwürdige Anstalt, zunächst aber die dazu — offenbar sehr notwendige — Küche zu bauen. Der Bau ist natürlich nicht vollendet, aber die rücksichtslose Ausbeutung der Zöglinge hat bereits schwere Opfer gefordert. In einem Münchener Krankenhaus starb ein vierzehnjähriger Zögling an „Hungerodem“, wie die gerichtliche Sektion der Leiche ergab. Er war völlig unterernährt und kämpfte bereits mit dem Tode, als er eingeliefert wurde. Auch ein anderer Zögling wurde mit den gleichen Krankheitserscheinungen eingeliefert, während ein dritter an Bauchubertulose darniederliegt.

Eine Kommission zur Untersuchung der unhaltbaren Zustände stellte fest, daß fast alle Zöglinge infolge der übermäßigen harten Arbeit Hände mit offenen Wunden hatten. Die zum größten Teil noch nicht 14 Jahre alten Kinder mußten täglich 9½ Stunden arbeiten und wurden trotz ungenießbaren Essens mit Ochsenstener u. dgl. zur Arbeit angetrieben. Eltern, die sich über diese „Erziehung“ ihrer Kinder beim Fürsorgevater beschwerten, wurden ohne weiteres abgewiesen.

Bemerkenswert ist, daß dieses faulere Institut unter dem besonderen Schutze des Regierungspräsidenten v. Kahr steht.

Neuer Mord in Gleiwitz.

Gleiwitz, 18. April. (WIB.) Heute nachmittag um 4 Uhr wurde der als Polenführer bekannte praktische Arzt Dr. Stępczak in seinem Sprechzimmer in der Nicolaistraße erschossen. Die Interalliierte Kommission verhängte darauf über Stadt und Kreis Gleiwitz, sowie über den Kreis Hindenburg den Belagerungszustand. Sämtliche Gassen müssen um 8 Uhr schließen, während der Straßenvkehr von 9 Uhr ab verboten ist.

Der tschechoslowakische Staatspräsident Masaryk empfing legitim in feierlicher Antrittsaudienz den deutschösterreichischen Gesandten Dr. Ruzek. Ansprache und Antwortrede waren deutsch. Selbstverständlich mag erscheinen, allein irgendwo hört man sagen: „Ach man will auch hier schon wieder nicht so wie die Geiseln sein!“

Strohhäuser. Die Wohnungsfrage ist und war auch immer die Grundfrage jeder Zivilisation und Hygiene. Solange bei uns eine Wohnungsnot besteht, kann man nicht sagen, daß unsere Verhältnisse gesund sind. Es muß daher alles daran gesetzt werden, so viel und so billig als möglich zu bauen. Da sind uns denn neuerdings die Franzosen mit einer Baueinheit vorangegangen, die bei uns gar nicht bekannt zu sein scheint und dennoch Beachtung verdient. Das sind die Häuser aus Prellstroh, von denen man einige tausend in Frankreich errichtet hat. Sie waren billig, gelten für überaus behaglich, waren im Winter, kühl im Sommer und sind tatsächlich gesund, sicher und nicht feuergefährlicher als jedes Holzhaus. Man errichtet aus Beton oder Holz zuerst das Gerüst des Hauses, dessen Dach darauf gesetzt wird, damit der weitere Arbeit der Weberschuh nicht fehle. Dann kommt zu unterst eine Leerpappenschicht, um die Feuchtigkeit abzuwehren. Hieraus werden die in Fabriken schon fertig gepressten Strospalten, die etwa 40 Zentimeter hoch sind, zwischen die Stützen eingeklebt und befestigt. In einigen Wochen ist das Haus fertig. Die Strohwände nehmen den Rost sehr gut an, und das letzte Häuschen steht überaus freundlich und gesund aus. Man baut daraus meist Häuser für drei Parteien mit zehn Zimmern.

Diese Strohhäuser, die der Witterung gut widerstehen, haben nur einen Feind. Und das ist die Insektenwelt. Aber auch dagegen fand man Schutz. Unter die erste Strohschicht legte man Drahtgitter, durch die die Wände im Bedarfsfälle mit Formaldehyd- oder Schwefel- und Bausäuredämpfen befeuchten und durchgast werden können, was auf Jahre hinaus Schutz zu gewahren scheint. Es scheint also die Möglichkeit gegeben zu sein, auch bei uns eine Strohbaubauindustrie ins Leben zu rufen, welche die gegenwärtigen Baufolgen auf ein Drittel (gegen Holzbauten gehalten) ermäßigt.

Die größte Steinkohlengrube der Welt. Erst jetzt nach Beendigung des Krieges kommen Nachrichten über den außerordentlichen Aufschwung, den während der letzten acht Jahre der Steinkohlenbau in Ostasien unter japanischer Leitung genommen hat. Er wird zweifellos zu einer beschleunigten Umgestaltung des japanischen Lebens im Sinne seiner Weltmachtansprüche beitragen und daher wachsenden Einfluß auch auf die europäischen Verhältnisse erlangen. Wie die englische Fachzeitschrift „Coal Age“ schreibt, befindet sich in Fusun in der Mandschurei ein Kohlenfö, dessen Mächtigkeit immer angestiegen, aber erst jetzt in seiner ganzen Ausdehnung erkannt wurde. Er ist 130 Meter mächtig und schließt in dieser Tiefe nur 9 Meter taubes Gestein ein. Es kömte auf Erden keinen Kohlenfö, zu geben, der diese Maße übersteigt. — Von den Koreanern schon vor 600 Jahren ausgebaut, ist er seit 1907 in den Händen der Japaner, die gegenwärtig mit englischem Kapital als „South Manchuria Railway Co.“ den Abbau in großem Maßstabe betreiben, seitdem man im Jahre 1914 zum Tagebau in einem Gebiet überging, wo die Kohle 120 Meter mächtig liegt. Schon bis Ende Oktober 1919 waren dort 1 300 000 Tonnen Kohle gewonnen, und man schätzt die Gesamtmenge des Föes auf 100 Millionen Tonnen. Im Jahre 1920 wurde ein neuer Tagebau eröffnet, von dem man sich bei einer täglichen Förderung von 12 000 Tonnen insgesamt 375 Millionen Tonnen erhofft und gegenwärtig findet eine Erweiterung der Produktion in allergrößtem Maßstabe statt. — Es werden daher die mandschurischen Kohengruben zweifelsohne

nach zu einer Zeit bestehen, wenn Europa und Nordamerika sich schon in einer Kohlenkrise befinden, und daß ein solch großartiger Kohlenfö in wachsendem Maße Weltwirtschaft und damit Weltpolitik beeinflussen muß, wird niemand bestreiten können. Hinter den Rücken Japanern steht eine noch weit größere Wirtschaftskraft als man ihnen von je zugestanden hat.

Spielzeug, von denen die Wissenschaft lernte. Mit dem beginnenden Frühjahr ist auch der Kreis wieder auf den Strohen erschienen, und die Kinder widmen sich eifrig diesem uralten Spiel. Das Wort Schillers, daß „dieser Sinn oft im kindlichen Spiel liegt“, bewahrheitet sich gerade bei diesem Spielzeug, denn der Kreis ist nicht nur die Freude der Kleinen, sondern er hat in der Wissenschaft eine große Rolle gespielt und spielt sie noch. So haben überhaupt die Gelehrten aus dem Spiel der Kinder reiche Anregungen erfahren. Die Erde macht bekanntlich eine Art Kreisbewegung in ihrem Lauf um die Sonne. Diese Kreisbewegung ist sehr langsam, aber man nimmt an, daß durch sie die Eiszeitperioden hervorgerufen wurden. Der große englische Naturforscher Lord Kelvin bediente sich stets eines gewöhnlichen Kinderkreises, um diese Bewegung unseres Planeten zu veranschaulichen. Es gibt drei Phasen in der Drehung eines Kreises. Zunächst dreht er sich rasch, in kleinen Kreisen und bleibt in aufrechter Stellung, dann dreht er sich auf einem Fleck, und in der dritten Phase beginnt er zu wackeln, und diese dritte Bewegungsphase dient zur Veranschaulichung der Erdbewegung. Wenn im Herbst unsere Jugend wieder an das Drehen geht, dann werden wir ein anderes Spielzeug begrüßen, von dem die Wissenschaft gelernt hat. Der erste, der sich eines gewöhnlichen Kinderkreises zu meteorologischen Studien bediente, war der Schotte Alexander Wilson im Jahre 1749, der einen Drahten aufziehen ließ, an dem ein Thermometer befestigt war. Danach bediente sich Benjamin Franklin des Drahtenspieles, um die Elektrizität der Luft zu untersuchen, und seitdem ist der Draht für alle Weiterforscher unentbehrlich geworden. Der Draht hat auch bei der Erfindung des Flugzeuges eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Lillenthal, Lanaty und andere Forscher der Flugkunst haben Flugzeuge konstruiert, die sich an die Form dieses Kinderkreises anlehnten. Kinder, die Seifenblasen machen, denken sich nichts bei diesen bunt leuchtenden Gebilden; dem Gelehrten aber böten sie die Möglichkeit zu Untersuchungen dünster Stoffe. Die Haut der Seifenblase ist nämlich das Dünne, was es in der Natur gibt, dünner als das feinste Blättchen Gold, und doch dauerhaft genug, um unter dem Mikroskop die überraschendsten Kräfte zu bieten. Mit einer Kindertrumpete sind wichtige Kräfteversuche unternommen worden. Man hat die Glöhlichte in Abhängigkeit auf die Weise erzeugt, so bildeten sich geometrische Figuren, die die ersten Konabilder darstellten. Männer der Wissenschaft beschreiben es deshalb nicht in ihren Vorträgen, sondern in ihren Kinderkreisen zu verwenden. Lord Kelvin erörterte z. B. an dem Zusammenprall zweier Billardkugeln ein ähnliches Problem, indem er nachwies, daß das Geräusch nicht durch den Zusammenprall der beiden Oberflächen hervorgerufen wird, sondern durch die Luft, die so schnell entweicht, daß ihre Moleküle gegeneinander knallen.

Die Konferenz geht weiter.

Genua, 18. April. (Sonderbericht des Soz. Parlamentsdienstes.) Der erste Sturm ist über. Die erregten Gemüter haben sich beruhigt, und von dem übereilig verkündigten Abbruch hört man kaum noch etwas. Herr Barthon, der gestern so sehr empört war, äußerte bereits heute mittag französischen Journalisten gegenüber, daß man den „Zwischenfall“ mit der notwendigen Ruhe betrachten müsse, daß aber im übrigen von einer Beschränkung der Konferenz keineswegs gesprochen werden könne. Zwei sind die Besprechungen der Entente über den „Zwischenfall“ noch nicht beendet, und noch immer schwirren Alarmgerüchte, aber es scheint, daß man eintrifft, daß mit einer leeren Behauptung von der Verletzung der Versailler Bestimmungen noch nicht der Beweis einer tatsächlichen Verletzung erbracht ist. Inzwischen spricht man von einem scharfen Protest, den die Entente gegen die deutsch-russischen Verhandlungen und die plötzliche Vertragsunterzeichnung an die Adresse der deutschen Delegation zu richten beabsichtigt.

Diesem Protest kann man von vornherein jede Berechtigung absprechen. Die Behauptung der Alliierten, der Versailler § 117 sei verletzt, trifft nicht zu. § 117 bezieht sich lediglich auf Territorialverträge, nicht aber auf jeden Vertrag, den Ausland in aller Zukunft mit irgend jemand abschließen kann. Auch eine Verletzung der Ganner Resolution, in der die Voraussetzung ausgesprochen wird, daß Rußland die Sozialisierungsgebühren anerkennt, kommt nicht in Frage. In dem zwischen Deutschland und Rußland geschlossenen Vertrag erkennt Rußland in der Form der Aufrechnung die Sozialisierungsgebühren an. Andererseits verzichtet Deutschland auf sein Recht aus den Sozialisierungsgebühren. Da weiterhin in den Vertrag davon gesprochen wird, daß falls Rußland mit einem anderen Staat ein Abkommen schließt, in dem es sich zur Erfüllungsverpflichtung verpflichtet, diese auch analog an Deutschland zu leisten ist, kann von einer Anerkennung der Sozialisierungsgebühren im allgemeinen keine Rede sein. Eine Verletzung des Versailler Artikels 260, auf den sich die Entente beruft, kommt nicht in Frage. Offenbar soll die Bezugnahme auf diesen Artikel zeigen, daß der Verzicht Deutschlands auf die Sozialisierungsgebühren diejenigen Rechte zu entwerfen hätte, die wir nach Artikel 260 auf die Reparationskommission übertragen müssen. Demgegenüber steht fest, daß diejenigen künftigen Rechte, die nach deutscher Auffassung unter dem Artikel 260 fallen, längst auf die Reparationskommission übertragen worden sind. Der von Deutschland ausgesprochene Verzicht ist ohne jeden Einfluß auf diese Rechte, da sie im Augenblick des Verzichts gar keine deutschen Rechte mehr waren.

Nun behauptet zwar die Reparationskommission, daß die deutsche Auslegung des Artikels 260 zu eng sei und daß wir ihr noch weitere Rechte zu übertragen hätten. Ueber diese Streitfrage soll demnächst ein Schiedsrichter entscheiden. Da die deutsche Auslegung des Artikels juristisch fest begründet erscheint, ist nicht anzunehmen, daß der Schiedspruch ganz oder nur teilweise gegen Deutschland ausfällt. Selbst wenn das aber nicht zuträfe, würde, wenn wir also durch den Schiedspruch zur Uebertragung weiterer Rechte an die Reparationskommission gezwungen würden, so wäre der in Versailles ausgesprochene Verzicht auch hinsichtlich dieser weiteren Rechte ohne Bedeutung. Es ist ganz klar, daß Deutschland nur auf Rechte verzichten kann, die ihm selbst zustehen, nicht aber auf Rechte, die zur Zeit des Verzichts auf Grund eines früheren internationalen Vertrags der Reparationskommission verfallen waren.

Es ist also völlig verfehlt, davon zu sprechen, daß der Vertrag von Rapallo dem Versailler Vertrag zuwiderläuft.

Der Frieden von Rapallo.

V. Sch. Genua, 18. April, nachm. 3 Uhr. Der Gegensatz zwischen der deutsch-russischen friedlichen Vereinbarung mit ihren gegenseitigen Verzichten und der Ententesforderungen an Rußland nach Zwangsschuldenverwaltung, Kapitulationen u. dgl. ist natürlich riesengroß. Aber liegt nicht das Interesse der Arbeiterklasse eben darin, daß endlich Schluß gemacht wird? Schwamm drüber — das ist der Sinn des Friedens von Rapallo. Und das ist der Grund des Jörnens der Autoren des Versailler Diktats und des Londoner Ultimatums.

Vorkursen des Buchdrucks. Die Frage nach der Entstehung des Buchdrucks, die durch die neuesten Forschungen über den Anteil des Holänders De Colster wieder aufgertobt worden ist, birgt ja noch so mancher Dunkelheiten; vor allem weiß man nicht recht, wieviel die weltumwälzende Erfindung bereits geübt war, als Gutenberg aus seiner Straßburger Verbonnung nach der Keiterstadt Mainz wieder zurückkehrte. Im „Kunstwörterbuch“ leckt nun H. Schenckermann die Kunstherkunft auf einen bisher in diesem Zusammenhang noch nicht beachteten Zweig des damaligen erfindungsreichen Kunstgewerbes, in dem sich Gutenberg betätigte. Er hatte nämlich, wie wir aus den Prolegomena wissen, in Straßburg eine Fabrik von Handspiegeln eingerichtet, wie sie die Wälder auf ihre Höhen mitzunehmen pflegten. Diese Glaspiegel mit Beinsinterlage hatten einen verzerrten Metallrahmen, und es wäre sehr wohl möglich, daß die Inschriften und frommen Sprüche auf diesen Spiegeln bereits mit beweglichen Lettern hergestellt wurden. Die Auffindung eines solchen spätgotischen Handspiegels aus der Fabrik Gutenbergs wäre jedenfalls von höchstem Interesse. Bewegliche Lettern, die ja der Kern der großen Erfindung bilden, wurden damals im Elsas aber auch schon zur Herstellung von Inschriften auf Gloden benutzt. So heißt die Kirche von Tränheim im Unterelsaß eine alte Glode von 1412, deren Inschrift mit beweglichen Lettern in das Modell eingedrückt war, und man hat darauf hingewiesen, daß solche Glodeninschriften mit beweglichen Lettern eine besondere Eigenart des Elsaßes um die Wende des 14. und 15. Jahrhunderts darstellen. Gutenberg hat also vielleicht von den beweglichen Metalltypen beim Glodenfuß, die sich schon in der römischen Kaiserzeit fanden, aus seiner elsaßischen Wohnheimat die Anregung nach Mainz mitgenommen, die dann zur Erfindung des Buchdrucks führte.

Die Langgenießigkeit der Volkshochschule Gosh-Bezirk beruht auf dem 29. April eine Aufführung der „Matthias-Passion“ von Bach durch den Berliner Popsänger unter Leitung von Dr. Lander. Als Einführung findet am 23. April eine Vortragsveranstaltung „Die Passion in Wort, Bild und Ton“ (Vortragender Dr. Gutmann) statt. Teilnehmerkarten in den bekannten Verkaufsstellen sowie in der Geschäftsstelle, Georgenstr. 24/26.

Populäre Vorträge über unsere Kinder — Unser Sächsel. Die Vorträge werden in der Vorlesungsausschuss der Volkshochschule in Berlin an dem Dienstag, den 25. abends 8 Uhr, in folgenden Vorträgen: C. Steinhilber, 24. „Sachsel-Neugierde“, NW, Bodumer Str. 5b, Friedrich-Berliner-Gesellschaft, N. Schützler, 25. VIII. Vortragsabende: NO, Katerstr. 44-46, Königlich-Preussische Oberrealschule; O. Langstr. 21, V. Reichshausstraße; SO, Marienstraße 47, Carl-Neubauer-Schule; O. Altonaer, 2/10, Ragners-Baum; N. Altonaer, 40, Wittenbergstraße; N. Altonaer, 64, 300, Gemeinde-Schule; S. Wittenberg, 21, Wittenberg-Platz; S. Altonaer, 21-23, Altonaer-Schule; Charlottenburg 5, Schloßstr. 27, Siemens-Oberrealschule.

Der männliche Waldvogel. Auf Anregung von Max v. Schilling und des Oberbürgermeisters A. Lander wird Reich Hanel, ein 14-jähriges Mitglied des Nidderwesens vom Chemnitzer Volkshoch, zur Interpretation der Stimme des Waldvogels in Wagner's „Elegische“ herangezogen. Damit wird zum ersten Male Wagner's Forderung Genüge getan, daß diese Rolle von einem Mannes geungen werde.

Gloden und Verzacken will man in Weizen in die dortige Stadtkirche herstellen. Proben sollen ergeben haben, daß der Verzacken den der Bronzezeit und silbernen Gloden an Reinheit und Härte übertrifft.

matums. Die höhere Moral, die Vernunft und der wahre Friedensgeist liegen in diesem neuen Vertragsabluß, darüber legt der Bannfluch der Doppelzüngigkeit ausgeschüttet wird. Das Proletariat der ganzen Welt wird dies schon erkennen. Die Ueberraschung der Alliierten ist um so größer, als diese Erscheinung der Aktivität Deutschlands von seiner bisher auf der Konferenz geübten Haltung wesentlich absteht. Bedenklich haben unsere Friedensschlüsse mit Rußland ein eigenartiges Schicksal, ob sie im Geiste der Gewalt wie in Brest-Litovsk oder im Geiste der Freundschaft von Rapallo gehalten sind. Immer werden sie wie eine Kriegserklärung angesehen.

Eine Frage, die für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und für die Zweite Internationale besonderes Interesse hat und die durch den Vertrag indirekt berührt wird, ist die, ob durch die Anerkennung der russischen föderativen Sowjetrepublik auch die Sowjetregierung in Georgien anerkannt wird. Bekanntlich haben sich die Parteien der Zweiten Internationale bis zuletzt dafür eingesetzt, daß Georgien als rechtswidrig okkupiert anzusehen sei. Als ich diese Frage an die maßgebendsten Persönlichkeiten der deutschen Delegation richtete, die am besten Bescheid wissen müssen, wurde mir kategorisch erklärt, daß eine Anerkennung Sowjet-Georgiens nicht in den Vertragsabluß einbezogen sei. Es sei davon während der ganzen Verhandlungen niemals die Rede gewesen, und es würde dazu ebenso eines neuen Vertrages bedürfen, wie z. B. um die ukrainische Sowjetregierung anzuerkennen. Uebrigens macht Art. 4 des Vertrages im zweiten Satz einen Unterschied zwischen Sowjetrußland und den anderen russischen Staaten.

Genua, 18. April. (II.) Heute vormittag 11 Uhr ist der deutsch-russische Vertrag unterzeichnet worden. Der Vertrag bedarf zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des Reichstages.

Die Russenfrage im Licht der Entente. Wie sie es sich dachten.

Der Sturm, der sich in der Entente über den vorläufigen Abschluß des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens entfaltete, hat seine inneren Gründe in den Verhältnissen, die die Sachverständigen der Entente zur Regelung der russischen Frage in London ausgearbeitet haben. Das Memorandum, das der Konferenz von Genua vorliegt, steht tatsächlich eine über das Maß des Erträglichen hinausgehende Verpflichtung Rußlands zur Bezahlung alter Schulden vor, ohne auch nur eine einzige positive Maßnahme zum Wiederaufbau anzudehen. Als bis zum Abschluß des Brest-Litovsker Friedens von Rußland eingegangene Verpflichtungen sollten aus dem zusammengebrachten Sowjetstaate herausgeholt werden. Selbst der durch die Sozialisierung entstandene Schaden privater ausländischer Kapitalisten müßte nach dem Wortlaut des Art. 3 des ersten Kapitels erlegt werden. Eine internationale Kommission sollte ähnlich wie die Reparationskommission, aber unter Aufsicht der russischen Regierung die Bezahlung dieser Schulden überwachen und die neue zu ihrer Dedung auszugehende Obligationsanleihe kontrollieren. Für die Amortisation sollte Zeit gelassen werden bis zum 1. November 1927. Um welche Summen es sich hier handelt, erfährt man daraus, daß allein die Kriegsschulden Rußlands an die Alliierten von englischer Seite kürzlich auf 725 Millionen Pfund Sterling oder 14.500 Millionen Goldmark geschätzt worden sind. Dazu kommen noch die Vorkriegsschulden, die Gemeindeanleihen und die Forderungen der Priester.

Die Anleihe, die zur Dedung der Schulden erforderlich wäre, sollte in fremder Währung aufgenommen werden. Bezeichnend ist, daß der internationale Gerichtshof, der die Forderungen festsetzen sollte, ein Zeitpunkt, an dem deutsche Forderungen an Rußland nicht bestanden. Die Obligationsanleihe selbst wäre eine öffentliche, international kontrollierte Schuld. Des Weiteren fordert das Memorandum Rechtsschutz für die in Rußland anwesenden Ausländer, die auch das Recht haben sollen, sich die Anwendung ausländischer Rechte auszubedingen, während die Sowjetregierung für die Ausführung der nach diesem fremden Recht gefällten Sprüche Sorge zu tragen hätte. Sehr weitgehend sind weiter die Forderungen, welche die Bedingungen für den Aufenthalt und Handelsbetrieb von Ausländern in Rußland formulieren und die in sehr umfassendem Maße das ausländische Kapital in Rußland sichern sollen. Auch die zum Wiederaufbau Rußlands vorgeschlagenen Maßnahmen streben dieses Ziel an. Sogar die Besteuerung der von Ausländern betriebenen Industrien, Handelsgeschäfte und Berufe wird begrenzt. Die Zölle, Steuern und sonstigen Abgaben dürfen eine angemessene Verzinsung des investierten Kapitals nicht unmöglich machen. Ein sehr weitgehender Begriff, denn das Kapital ist ja auch bei 100 Proz. Dividende nicht zufrieden.

Die russische Delegation hat diese Bedingungen abgelehnt und eine Gegenrechnung aufgemacht, wonach die Russen von den Alliierten für die bei der Befämpfung des Bolschewismus und durch den Verlust von Bessarabien entstandenen Schäden 50 Milliarden zu fordern hätten. Das lehnte natürlich die Entente ab, und so kam es zu den Verhandlungen, in die hinein das deutsch-russische Abkommen „wie eine Bombe gepöft“, ist. Der Sturm hat sich mittlerweile etwas gelegt. Aber die Spannung dürfte andauern. Daß Deutschland keine Veranlassung hat, sich an einer Schröpfung Sowjetrußlands zu beteiligen, das selbst an den Kriegserfolgen maßlos leidet, leuchtet ohne weiteres ein. Und es war zu den eigenen Verhandlungen um so mehr berechtigt, als es keine Möglichkeit hatte, seine mächtigende Stimme in den Verhandlungen mit den Alliierten zur Geltung zu bringen.

Was die deutsche Opposition sagt.

Stimmen zum deutsch-russischen Vertrag von Genua.

Die „Freiheit“ begrüßt den Vertragsabluß als Erfüllung einer alten Forderung der NSD, die „Rote Fahne“ feiert ihn als großen Erfolg Moskaus.

Die „Kreuz-Ztg.“ stellt fest, daß Deutschland zum Abschluß des von ihr gebilligten Vertrages berechtigt sei; er schafft, keineswegs. Sie vermisst aber Sühne für die Ermordung des Grafen Mirbach und sowjetrussische Garantien gegen bolschewistische Propaganda; sie gibt aber selbst zu, daß solche Garantien auf dem Papier stehen würden.

Der „Volkswacht“ freut sich der Tat der Regierungern Mirbach-Nachbau und Lenin-Fidifizierung, sonst sich aber öffentlich um den Fortgang der Konferenz, vermisst insbesondere die Mirbach-Sühne und meint schließlich — anderserseits! — auch die besten Freunde der Regierung würden nicht wider, was sie zu dieser Reizung der dem „Volkswacht“ auf einmal heißen Entente sagen können.

Die „Deutsche Zeitung“ hört zum erstenmal zustimmenden Widerhall des deutschen Volkes zu einer Tat der Regierung. findet aber dann, daß Deutschland ideal benachteiligt sei, u. a., weil Rußland nicht ein freigeschlossenes Parlament habe.

Die „Tägl. Rundschau“ spricht von der Tat, durch die Deutschland seine Ausschaltung zunächst gemacht und die Klinke

der Tür zur Gleichberechtigung wieder aufgedreht habe. Trotz des Mirbach-Bedeutens und anderer wird der Entschluß der Regierung gebilligt, da er auf Uebergang zur Volkserkenntnis drückt.

„Zeit“ und „Deutsche Tageszeitung“ unterscheiden sich nicht wesentlich von diesen Stimmen, aber Reventlow im „Deutschen Abendblatt“ ist launiger originell: Der Vertrag wäre gut, wenn ihn nicht der Deutsche Reichstag abgeschlossen hätte. Der Bolschewismus sei ja auch nur eine jüdische Sache. Reichstag sollte auch immer mehr Juden herein . . . usw. usw. nach bekannter Weise.

Genua-Konferenz der Gewerkschaften.

Genua, 18. April. (Sonderbericht des „Soz. Parlamentsdienstes.“) Die Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist heute beendet worden. Die letzte Sitzung galt ausschließlich der Beratung der umfangreichen Resolutionen, die sich auszeichnet durch äußerst präzis Formulierung der Forderungen und Wünsche. Die Entschlüsse begründet zu Beginn eingehend die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und fordert zu deren Behebung eine internationale Zusammenarbeit aller Völker und hält es für notwendig, daß Rußland ohne Vorbehalt und auf der Grundlage der Gleichberechtigung seine Stellung unter den europäischen Nationen wieder einnehme. Es wird dann die Annulierung aller Kriegsschulden gefordert und vorgeschlagen, die Gewährung von Krediten ins Auge zu fassen auf Grund einer internationalen, durch die Hilfsquellen aller europäischen Nationen garantierte Anleihe, die vom Währungsorganisiert, und deren Ertrag unter seiner Kontrolle dazu verwendet werden soll, den verarmten Staaten die Mittel zur Wiederaufnahme ihrer normalen industriellen und kommerziellen Tätigkeit zu verschaffen.“ Zugleich wird das Verlangen auf

Revision der Reparationsbestimmungen

nachdrücklich erneuert und festgestellt, daß die Ententemächte auf die Erstattung der Summen für die Kriegskosten sowie für die militärischen Besatzungen und die Sanktionen verzichten, um die Deutschland auferlegten Kosten auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Aber die Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hängt nicht allein von einer Finanzoperation, wenn auch noch so großen Stils, ab. Es ist unbedingt notwendig, neben der Schaffung eines internationalen Kredits eine internationale Kontrolle der Verteilung der für Industrie und Landwirtschaft wichtigsten Rohstoffe einzuführen. Zur Verwirklichung dieser vorerwähnten Maßnahmen wird u. a. die Ausbeutung der Bergwerke auf internationalen, wirtschaftlichem Boden empfohlen. Zusammenfassend wird dann gesagt:

Das zu erstrebende Ziel ist:

1. Die Schmierarbeiten zu beseitigen, mit welchen die Länder mit schlechtem Wertschöpfen in der Beschaffung der für ihre Industrie unbedingt notwendigen Rohstoffe zu kämpfen haben, um den inneren Konsum decken zu können, und in der Lage zu sein, mit anderen Ländern in Handelsverkehr zu treten und so ihre Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen.
2. Dem wirtschaftlichen Imperialismus, dessen Konsequenzen sich in der gegenwärtigen Krise, sowie in der Gefahr für den Frieden äußern, ein Ende zu machen.
3. Die verschiedenen Nationen dazu zu bringen, im eigenen Lande und unter sich

die Produktion neu zu organisieren.

so daß es möglich wird, die Produktion mit den bestehenden Bedürfnissen in Einklang zu bringen und die höchste Entwicklung und Ausnutzung der natürlichen Hilfsquellen zu erzielen, was nur erreicht werden kann, wenn alle Völker in die Lage versetzt werden, ihre Arbeitskräfte voll einzusetzen.

Die internationale Arbeiterbewegung gibt der Ansicht Ausdruck, daß diese Maßnahmen wichtig sind, um die gegenwärtige Krise zu bekämpfen, und daß ihre Verwirklichung nicht mehr aufgeschoben werden kann.

Die Konferenz gibt ferner der einmütigen Ueberzeugung der Arbeiterorganisationen Ausdruck, daß die Abrüstung unumgängliche Vorbedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ist.

Kartoffeln für Hochvaluta.

Nur nicht für das Inland.

Seit Einführung der freien Wirtschaft ist die Kartoffel einstmals das Brot des armen Mannes genannt, zum Luxusartikel geworden. Seitdem man aber dem Kartoffelwucher durch Festsetzung von Höchstpreisen zu steuern versuchte, haben sich sämtliche Exportkartoffeln über Nacht in Sackkartoffeln verwanandelt. Die Preise gehen deshalb nicht herunter. Während das Volk bittere Not leidet, begründen Produzenten und Händler die hohen Preise mit Warenknappheit.

Demgegenüber ist es notwendig, festzustellen, daß trotz aller offiziellen Demantis Exportkartoffeln vorhanden sind, die ihren Weg zwar nicht zum Verbraucher finden, dafür aber dem Ausland gegen hohe Valuta angeboten werden. Bei einer bekannten Inseratagentur lief nämlich kürzlich folgende Annonce zur Aufnahme in den Kartoffelzeitungen der Schweiz, Frankreichs, Belgiens und Englands ein:

30-100.000 Zentner Exportkartoffeln
Transitware
auch Teilposten hat abzugeben
Erich Gaede, Stettin,
Fernsprecher 38 u. 39. Tel.-Adr. Gaederich.

Das Anzeigenunternehmen lehnte die Annahme dieses Inserates ab. Um so nozwendiger ist es, daß wir den Namen dieses Mannes, der zu einer Zeit größter Kartoffelnot in Deutschland nach Kartoffeln ausführen wollte, niedriger hängen. Auch wenn die Kartoffeln als Transitware bezeichnet sind — und die zuständige Polizei hat die Berechtigung, diese Behauptung nachzuprüfen — ist es gewissenslos, Kartoffeln auszuführen, während das Inland jeden Breis dafür bietet. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Erbitterung der breiten Massen im Hinblick auf derartige Schieberpraktiken zu heller Empörung aufflammt.

Auszahlung staatlicher Lohnerhöhungen.

Auf eine kleine Anfrage im Preussischen Landtag, wegen der Auszahlung der ab 1. Januar bemittelten Lohnniederbungen und der sich aus der Höherstellung von Orten im Distriktsverzeichnis ergebenden Nachzahlungen, hat der preussische Finanzminister geantwortet: Er habe die ihm nachgeordneten Behörden durch Rundschreiben vom 22. Dezember 1921 angewiesen, den Lohnempfängern die sich aus der Höherstellung ergebenden Beiträge zu zahlen, und unterm 26. Januar 1922 auch die Zahlung der ab 1. Januar erfolgten Lohnniederbungen für die Verwaltungsarbeiter angewiesen. Melchzeitig habe er in beiden Fällen keine Rinnittelzollagen gebeten, für ihren Geschäftsbereich die gleichen Anordnungen zu treffen. Auch bezüglich der Zahlungen an die Gruppen der Betriebsarbeiter sei in dieser Weise verfahren worden. Es sei ihm allerdings nicht bekannt, ob die organischen Beisungen einzelnen Berufs oder Dienststellen nicht zugegangen sei. Er sei bereit, mit den übrigen preussischen Ministern und dem Reichsfinanzminister in Verbindung zu treten, um dahin zu wirken, daß eintretende Lohnniederbungen künftig in den Zweigen der preussischen Verwaltung gleichmäßig so schnell wie möglich ausgezahlt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Gaukonferenz der Schuhmacher.

Am Ostermontag hielt der Bezirk 6 des Zentralverbandes der Schuhmacher eine Gaukonferenz im Berliner Gewerkschaftshaus ab. Der Bezirksleiter Hamacher berichtete, daß in den letzten beiden Jahren der Berichtsperiode die Schuhindustrie eine beispiellose Hochkonjunktur zu verzeichnen hatte, die im Herbst 1920 einlegte. Es seien dadurch Arbeitslose aus anderen Berufen in diese Industrie aufgenommen worden. Die Hochkonjunktur sei leider nicht einer größeren Kaufkraft der Masse des deutschen Volkes zu danken, sondern uneren schlechten Lohnverhältnissen, die eine fortgesetzte Preissteigerung der Waren mit sich bringen. Die Arbeiterschaft sei dadurch zu fortwährenden Lohnbewegungen gezwungen, um einigermaßen einen Ausgleich in ihrer Lebenshaltung herbeizuführen. Die Schuhindustrie selber sei durch den Reichstarif vor Einzelbewegungen verschont geblieben.

Der Handwerksbetrieb leide dagegen unter der wirtschaftlichen Depression. So stießen denn auch die Forderungen der Handarbeiter wiederholt auf starken Widerstand der Innungsmeister, wodurch es mehrfach zum Streit gekommen ist.

Bei der Beratung der Anträge zum Verbandstage wurde auf Antrag Steinin beschlossen, entweder dem Bezirksleiter einen Sekretär beizugeben oder für Pommern einen Unterbezirk mit dem Sitz in Steinin einzurichten. Ferner wurde beschlossen, für die Durchführung der zehn Forderungen des ADB. einzutreten. Hamacher wurde als Gauleiter wiedergewählt.

Nothilfe und Streikbrecher.

Von der Sektion II des Transportarbeiterverbandes erhalten wir folgende Zuschrift:

Nachdem der Müllkühlerstreik durch Schiedsspruch am 4. April beendet wurde und die Streikenden die Arbeit ausnahmen, ist am 5. April auf Anordnung des Polizeipräsidenten die Nothilfe offiziell aus dem Betriebe der Wirtschaftsgenossenschaft zurückgezogen worden. Die Leitung der Nothilfe hat aber diese Anordnung nicht in vollem Umfange durchgeführt. Noch heute arbeiten auf dem Depot an der Helmholzstraße und in Weihensee, Sedanstraße, ein Teil Leute, die vordem als Nothelfer tätig waren. Ist es der Nothilfe nicht möglich, dafür zu sorgen, daß mit der Beendigung wirtschaftlicher Kämpfe die Nothelfer sofort aus den Betrieben zurückgezogen werden, sondern weiterhin den Arbeitgebern Liebesdienste erweisen und damit die Wiedereinstellung eines Teils der Streikenden verhindern können, dann kommt sie immer mehr in den Verdacht: Die Nothilfe ist eine Streikbrecherorganisation. Sie hätte also alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß die im Betriebe der Wirtschaftsgenossenschaft verbliebenen Nothelfer sofort daraus entfernt werden. Das wäre auch notwendig, um etwaigen Reibereien zwischen den alten Arbeitern und den Nothelfern vorzubeugen. Es genügt nicht, daß die Nothilfe den Nothelfern nahelegen will, wenn sie im Betriebe verbleiben wollen, aus der Nothilfe auszutreten. Wenn der Bundesbezirk der Nothilfe aber erklärt, es sei ihm nicht bekannt, daß einzelne Nothelfer im Betriebe verblieben sind, so sei festgestellt, daß nachstehende Adressen, die der Deutsche Transportarbeiterverband ermittelt, der Zeitung bekanntgegeben sind: Es sind dies die Arbeiter: Otto Schödel, Berlin, Sparrstraße 8, Fritz Schner, NW, Krefelder Str. 21, Franz Paparusti, D., Lange Str. 102, Heinrich Wefenberg, R., Brunnenstr. 14, Richard Fegelow, NW, Hovelsberger Str. 3, Moritz Knopp, R., Gartenstr. 60, und Herrn. Krafort, R., Hülftenerstr. 17. Die Namen der übrigen wird wohl die Nothilfe selbst in Händen haben. Ober sie möchte zugeben, daß verschiedene der während des Streiks Angehörten keine feste Wohnung haben. Hat die Leitung der Nothilfe keinen Einfluß auf ihre Leute, dann werden ihre Richtlinien, nur wirkliche Nothstandsarbeiten zu verrichten, dadurch gräßlich verfehlt; dann muß es Aufgabe des Polizeipräsidenten bzw. des Ministeriums des Innern sein, hier sofort Änderungen zu treffen.

Für die Gewerkschaften beweist aber gerade das Verhalten der Nothilfe in diesem Streik, welche eine Gefahr sie für die Arbeiter in Wirtschaftskämpfen bedeutet. Diese Gefahr zu beseitigen, ist vornehmste Pflicht der Gewerkschaften und Arbeiterparteien.

Zum Angestelltenstreik in der Zigarettenindustrie.

Der Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie, Ortsgruppe Berlin, schreibt zu dem Bericht in Nr. 177 des „Bormärts“:

Ein Abwehrkampf der Angestellten liegt nicht vor, denn es ist nichts abzumehren.

Unwahr ist, daß jemals irgendeine Verschlechterung irgendeines Angestellten in der Gehaltsfrage beabsichtigt war oder ist. Vielmehr ist vom Beginn der Verhandlungen an ständig von den Arbeitgebermitglidern der Schlichtungskommission betont worden, daß die angebotenen Zulagen von 25 bis 30 Proz. auf die jetzt bestehenden Gehälter ohne jede Kürzung gewährt werden sollten und daß eine Verschlechterung irgendeines Angestellten ausgeschlossen sei. Die Vertreter der Angestellten hätten jede Änderung der Gruppen-einteilung in schriftlicher Form abgelehnt.

Nach dieser harmlosen Darstellung müßte man annehmen, die Angestellten streikten rein aus Zeitvertreib. Der Arbeitgeberverband verschweigt jedoch vollständig, daß und welche Verschlechterungen er plant. Deshalb legt er so großen Wert auf die „Umgruppierung“, wenn er damit keine Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen beabsichtigt? Selbst wenn diese Umgruppierung für die gegenwärtig beschäftigten Angestellten keinerlei Gehaltskürzung bedeutete, für die neu einzustellenden würde sie eintritten. Bei den Konjunkturschwankungen in der Zigarettenindustrie ist der Personalwechsel ziemlich stark. Der direkte Anreiz, an Stelle der jetzt beschäftigten Angestellten neue mit geringeren Gehältern einzustellen, würde durch die vorgeschene Gruppierung herausbeschworen. Eine Verschlechterung bedeutet es weiter, daß die Reisenden lediglich auf die Provision angewiesen werden, Ausbildungskräfte außerordentlich entlohnt werden und die Schlichtungsinstanzen ausgeschaltet werden sollen.

Diese Tatsachen, die den Streik veranlaßt haben, zu verschweigen, ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung. Statt solcher un-nützen Versuche wäre es schon richtiger, von den geplanten Verschlechterungen abzugeben und eine Einigung mit den Angestellten herbeizuführen. Die Zigarettenraucher müßten sonst einmal versuchen, ob es nicht auch ohne Zigaretten geht.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns:

Die bei der Firma J. Garbath in Berlin-Pankow beschäftigten Streikbrecher sind für ihren Verrat an der streikenden Angestelltenschaft von der Firma mit einer Ortsprämie von 500 M. belohnt worden. Der Vertreter dieser Firma im Arbeitgeberverband, der sich bei jeder Gelegenheit des besonderen sozialen Verständnisses für die Not der Arbeiter und Angestellten rühmt und der von sich behauptet, selbst aus der gewerkschaftlichen Be-

wegung hervorgegangen zu sein, konnte es sich nicht verlagern, mit den Mitteln des schändlichen Mammons die Verdäner ihrer Kollegen-schaft zu fördern. Der wirkliche Lohn wird diesen Personen auch in Zukunft nicht vorenthalten bleiben.

Es ist noch darauf hinzuweisen, daß auch bei dieser Firma eine Frau Johanna Woas als Streikbrecherin arbeitet, deren Ehemann in der Schönhauser Allee 161 ein Kordmüßelgeschäft be-treibt, desgleichen eine Frau Frieda Vierlich, deren Ehemann Inhaber einer in der Ragimillanstr. 45 zu Berlin gelegenen Druckerei ist.

Diese Mitteilung wird für die bei letzterem beschäftigten organisierten Drucker von besonderem Interesse sein.

Reichsammlung „Brüder in Not“ für die hungernden Auslandsdeutschen und für deutsche Auslandsflüchtlinge

Bankkonto: Preussische Staatsbank, Berlin W 56
Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 656 00

Die Krise im Bankgewerbe.

Heute beginnt in den Betrieben des Bankgewerbes die vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten veranlaßte Umrüstung über Annahme oder Ablehnung des im Reichs-arbeitsministerium gefällten Schiedsspruches. Die leitenden Instanzen des Allgemeinen Verbandes haben ihren Mitgliedern die Ablehnung des Schiedsspruches empfohlen. Das Ergebnis der Urabstimmung dürfte erst am 20. April vorliegen. Bis zum 20. April haben die Tarifkontrahenten ihre Erklärungen über Annahme oder Ablehnung abzugeben.

Berliner Bauarbeiter!

Der Bezirksverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Ab-stützung (Oberbarnim) schreibt uns:

Die bayerischen Stützwerke in Garching a. d. Alz (Oberbarnim) wohnen eine Anzahl Wohngebäude. Da die einheimischen Maurer sich nicht dazu hergeben, Mauerwerk und Betonarbeiten in Afford auszuführen, sucht die Fabrikleitung auswärtige Maurer. Wir warnen alle Kollegen, besonders die Ber-liner Maurer, an die sich die Bauleitung in erster Linie wenden will, hieher zu kommen und den ansässigen Maurern in den Rücken zu fallen. Der Stundenlohn ist ab 1. April für Maurer 16,00 M. Diese geringe Entlohnung ist auch die Ursache, daß sich Fremde in Tageslohnarbeiten nicht einfinden. Die Wohnver-hältnisse sind nicht die besten; Zugezogene müssen in Baracken wohnen. Hier sind etwa 9000 Arbeiter bei den Kanalsbauten beschäftigt und auf verhältnismäßig kleinem Räume zusammenge-geben, was die Lebensverhältnisse besonders für Fremde sehr erschwert. Affordarbeiten sind durch wiederholte Beschlässe der Sachgruppen der Maurer in unserem Gebiete verboten.

Achtung! SPD-Aktionsausschuß des AEG-Konzerns! Donner-
tag, 3 1/2 Uhr, im Gesangslokal des Sophien-Theaters, Weinmeister-
straße 16/17, Funktionärskonferenz sämtlicher Obleute, Angestellten-
räte, Arbeiterräte und Vertrauensleute der SPD. Erscheinen aller
ist dringend notwendig. U. A. K. Uger.

SPD-Mitglieder im Zentralverband der Bäcker, Konditoren und
verwandten Berufsgenossen. Am 20. März sollte eine Mitglied-
erversammlung im Gewerkschaftshaus zum 11. Gewerkschafts-
kongress Stellung nehmen. Der Referent Heißhold ging
auch in längeren Ausführungen darauf ein und stellte Anträge, die
nach seiner Meinung auf die Tagesordnung des Gewerkschafts-
kongresses zu legen sind. Die Diskussion wurde jedoch von den
Kommunisten in ganz andere Bahnen gelenkt. Das Motto der von
ihnen beliebten Diskussion war: „Die Schädlichkeiten der Gewerks-
schaften“, womit nach ihrer Ansicht die Liebe zur Organisation ge-
fördert werden soll. Die Versammlung wurde verlagert und wird
am 20. April in den Germania-Sälen fortgesetzt.

In unferen Parteigenossen im Bäckerverband wird
es liegen, ob auch hier wieder die Kommunisten ihre „Gewerkschafts-
leistung“ weiter betreiben können. An uns wird es liegen, ob
Anträge gestellt und angenommen werden, die von praktischem Wert
und für die Arbeiterschaft von Nutzen sind, oder ob Beschlässe gefaßt
werden, die von Pfaffen durchtränkt, den Geist von Kälatur
vergrößern.

Unsere Parteigenossen müssen vor allem die Versammlung be-
suchen, da außer dieser wichtigen Tagesordnung auch die Wahl
von zwei Ortsangestellten vorgenommen werden soll.
Parteigenossen! An Euch liegt es, ob Männer der Tat oder der
Bühne an diese Stelle gewählt werden. Es gilt die Gewerkschaft
als festes Gebilde der Arbeiterbewegung zu erhalten und den
Verlegungsprozess, wie er von den Kommunisten betrieben wird,
zu verhindern.

Zur Bühnengenossenschaftstagung wird uns mitgeteilt: In den
Berliner Tageszeitungen ist die Nachricht verbreitet, daß die Dele-
giertenversammlung die Führer der Opposition Dr. Czernin und
Borchardi als Vertreter des Bezirksverbandes Nordwestdeutsch-
land gegen den Willen des Präsidiums bestätigt habe. Diese
Nachricht ist unzutreffend, und es wird Wert auf die Feststellung
gelegt, daß die Delegiertenversammlung auf Anregung des Berliner
Bezirksobmanns Körner dem Präsidium in einer Resolution
lediglich empfohlen hat, die Befähigung einer etwaigen
Wiederwahl der Oppositionsführer vorzunehmen. Das Präsidium
und der Verwaltungsrat bleiben somit völlig frei in ihrer Ent-
scheidung, die sie nach eingehender Prüfung zum Besten der Organi-
sation zu treffen haben werden.

In der Berliner Teeliebriemen-Industrie ist durch das ungenügende
Entgegenkommen der Unternehmer bei den Lohnverhandlungen vor
dem Zentralarbitrat der Streik in allen Betrieben ausgebrochen.
Die Unternehmer erboten einen Stundenlohn von 17,25 M. als
ausreichend, um die Lebenshaltung für Mai zu bestreiten. Die Ar-
beiter lehnten dieses Angebot als ungenügend ab und traten am
7. April geschlossen in den Streik. Mehrere Verhandlungen mit den
Unternehmern führten zu keinem Ergebnis. Nunmehr hat der De-
mobilisierungskommissar eine Einigungsverhandlung für Donner-
stag anberaumt, die hoffentlich erfolgreich ist.

Maler! Nach dreitägigen Verhandlungen über eine Lohn-
erhöhung am 15. April 1922 hat das Hauptarbitrat für das deutsche
Malergewerbe am 13. April durch Schiedsspruch den Lohn für
Maler um 3,50 Mark pro Stunde erhöht. Demnach be-

trägt der Minimalstundenlohn in Groß-Berlin für Maler abe
20 Jahren 30 M., unter 20 Jahren 19 M. und für Anstreicher
über 20 Jahren 16,50 M. Das Lohnabkommen gilt bis zum
15. Mai 1922.

Verband der Maler, Lackierer usw. Filiale Berlin.

Die Versicherungsgesellschaften in Hamburg haben gestern abend
in öffentlicher Versammlung gegen eine Stimme beschlossen, den
Streikbeschluss von voriger Woche durchzuführen und heute den
Streik zu beginnen.

Zentralverband der Zimmerer. Alle Vertrauensmänner und Betriebsräte
haben an der Versammlung am Mittwoch um 3 Uhr im Gewerkschaftshaus,
Sokol 1, teilgenommen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Postlerträger, Plakarbeit und
Rufschreier aus den Journal- und Anzeigendruckereien Groß-Berlin: Mittwoch
7 Uhr in den Reihens-Beckhöfen, Lehnbecker Str. 11, Vollversammlung. Ufers
Lohnforderungen für Mai. — Spinnwebarbeiter und -arbeiterinnen aus den
Seidenbindereien Groß-Berlin: Donnerstag 7 Uhr bei Post, Engelstr. 16,
Vollversammlung. Ufers Lohnforderung.

Aus der Partei.

Bezirksparteitag in Oberbayern.

Der Bezirk Oberbayern-Schwaben der SPD. hielt am 16. und
17. April in München seinen Bezirksparteitag ab. Energetischer Pro-
test wurde erhoben gegen den unerhörten Lebensmittel-
wucher, der im Hinblick auf die Münchener Gewerkschau und
die Oberammergauer Passionsspiele im bayerischen Hochland ge-
trieben wird. Den kämpfenden Metallarbeitern Bayerns,
Württembergs und Badens sprach der Parteitag seine Sympathien
aus. Mit größtem Interesse wurde das Referat Erhard Meyers
über sozialdemokratische Landespolitik entgegengenommen. Zwei-
fache die gegenwärtige politische Lage in Bayern unter dem Ge-
sichtspunkte Bevormundungs- und Beaufsichtigungssystem des alten
Obrigkeitsstaats zusammen. Neuerdings häuften sich die Versamm-
lungsverbote der Münchener Polizeidirektion wieder in einer ge-
ratezu unerhörten Weise. Traurig genug sei es aber, daß das Ver-
bot des Auftretens der Führer der Eisenbahngewerkschaft in Mün-
chen auf Veranlassung eines Reichsbeamten, nämlich des
bayerischen Staatssekretärs des Reichsverkehrsministeriums, erfolgt
sei. Der neuerlichen Schwertung des Ministerpräsidenten, Grafen
Verheulsd, und des Führers der Bayerischen Volkspartei, Ab-
g. Held, hebe die bayerische Sozialdemokratie mit gesundem Miß-
trauen gegenüber, sie sehe sich vor allem veranlaßt, zunächst ein-
mal Tatsachen abzuwarten. Die erste Forderung der bayerischen
Sozialdemokraten sei neben dem Verlangen nach Beseitigung des
unerhörten Lebensmittelmachers die organische Eingliederung
Bayerns in die deutsche Republik, die Vereinfachung der Staats-
verwaltung und vor allem des lediglich zu partikularistischen Zwecken
mißbrauchten Landtages, der nach „Verreichlichung“ wichtiger Ver-
waltungszweige seine Existenzberechtigung, wenigstens in dem alten
Kausmaximalveroren habe.

Von der tschechischen Sozialdemokratie.

Prag, 14. April. (Eig. Ber.) In der letzten Sitzung des Exe-
kutivausschusses der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
wurde beschlossen, keine gemeinsamen Manifestationen gelegentlich
der Konferenz in Genua mit der kommunistischen Partei zu veran-
stalten. Dieser Beschluß hat die Parteilührung in einer öffentlichen
Rundgebung ausführlich begründet. Das Zentralorgan der Partei
„Pravo Lidu“ schreibt dazu, daß die proletarischen Rundgebungen,
welche die Partei selbständig veranstaltet, nicht unterschätzt
werden können, aber daß es weit wichtiger wäre, wenn alle sozia-
listischen Parteien in den demokratischen Republiken Mitteleuropas
durch ihre Teilnahme an der Regierungsmacht ihren
Einfluß auf die Konferenz im voraus beläufig hätten. Die Spol-
tung der sozialistischen Parteien hat dabei nachteilig gewirkt.

Zu Oftern findet in Prag ein Kongress der tschechischen Ar-
beiterturnvereine statt. Auf der Tagesordnung steht auch die Teil-
nahme an dem Leipziger Schauturnen des deutschen Arbeiter-
turner- und Sportbundes. Im vergangenen Jahre wurden auch die
tschechischen Arbeiterturnvereine knapp vor der belannnten Olympiade
durch die Kommunisten gespalten und ein kommunistischer
Turnerbund gegründet, welcher aber keine großen Erfolge verzeich-
net. Auf dem Kongresse werden die ausländischen Organisationen
durch die Genossen Bildung und Gellert (Deutschland) und Bontemps
(Frankreich) vertreten sein.

Die tschechische Sozialdemokratische Arbeiterpartei begeht im
September laufenden Jahres große Manifestationen anlässlich ihres
fünfzigjährigen Gründungsjubiläums. Zugleich wird auch
das fünfundsingzigjährige Erscheinen des Zentralorgans „Pravo
Lidu“ als Tagblatt gefeiert. Alle drei bisherigen Chefredakteure
des Blattes waren Schriftsteller.

Pravnik, für den tschech. Teil: Franz Mühs, Berlin-Lichtenberg; für De-
utsche: H. Gieseler, Berlin. Verlag Bormarck-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck:
Bormarck-Druckerei u. Verlagsanstalt Rudolf Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 4,
Ostern 1. Verlag.

Was kostet Betriebsstoff?

Viel Geld! Also benutze
Reifen, die große Schnelligkeit
bei geringem Betriebsstoffver-
brauch entwickeln. Das sind

Continental

Cord-Reifen

Schriften und billigste
Bezugsquellen durch
Fürstl. Wildunger
Mineralquellen A.-G.,
Bad Wildungen, 29

Bei Nieren-, Blasen-
und Frauenleiden,
Harnsäure, Eiweiß,
Zucker.

1021 - 15000 Badegäste

Wildunger Helenerquelle

Goldstück

Jac. Stück Nachf. A.-G., Zweigabteilung Berlin O 34, Romintener Str. 45. Telefon: Köpenickstadt 593.

REINER
WEINBRAND
IN FRIEDENSQUALITÄT
MARKE:

J. STÜCK-NACHF. A. G.
WEINBRENNEREIEN
HANAU a. M.

Türkische Emigranten in Berlin.

Das letzte Nordatlantien in der Nacht zum Dienstag, dem, wie be-

Die Türkenfreundlichkeit Berlins war immer ziemlich groß.

Die gewesene Botschaft.

Seit Dezember 1918 haben wir keine offizielle türkische Ver-

Türkische Politiker in Berlin.

Mit manchem Mann der türkischen Politik ist der Name Berlin

Die heute hier verbliebenen Türken kümmern sich wohl kaum

Ein kleines Emigranten-Café existiert im Westen der Stadt.

Man ist dort Koflaria (eine süße Speise) in fünf Arten, raucht die

Armenier in Berlin.

Armenien hat zurzeit in Berlin eine Vertretung, die allerdings

Der Türkenmord in der Umlandstraße.

Mindestens vier Täter.

Die Vernehmungen der Augenzeugen des Attentats wurden

Nach dem Befestwerden der schweren Wunden durch die Zei-

Suggestive Fragen.

Eine gerichtliche Zeugenvernehmung mit Hindernissen.

Ungewöhnlichen Schwierigkeiten begegnete die Verhandlung

Dem aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführten Angeklagten

Eine Kugel kam geflogen...

Fahrlässige Tötung, die noch dazu einem vollkommen

Schiebungen mit Wohnungen.

Mit dieser Ueberschrift brachte die „Zeit“, das Berliner Organ

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

Aber in der Gemeinde umhergehen zu sollen — sie — und

Aber warum ging er nicht, der jetzt immer Zeit für sich

Wangen fand glücklich wieder keine gute Stimmung und

„Ach, Henrit,“ sagte sie, „entschuldige, aber, du hast nicht

Er hob den Kopf und sah einen Augenblick geradeaus.

„Duale ich dich so schrecklich, Henrit?“

„Ich hatte gedacht, du könntest mir in dieser Zeit etwas

„Das muß doch getan werden, Henrit. Es ist doch nicht

Da stand er ganz erregt auf. „Fängst du jetzt auch damit

Sie fuhr zurück, als habe sie einen Schlag ins Gesicht be-

„Koren! Was sagst du da!“ Er wurde blaß und biß sich

auf die Lippen.

„Das hast du wohl gehört!“ rief sie, nahm das Kind auf

Bald darauf hörte er im Stall Holzhacken. „Als ob sie

Es machte sie ganz krank, daß er wegen dieser Unschuld

Aber am meisten von allem ermüdeten sie allmählich seine

Und in dem Grad, wie er zu immer gemeineren Mitteln

Als sie endlich wieder hineinging, wanderte er in der

„Koren,“ sagte er — „kannst du es mir verdienen, wenn

„Aber was soll ich denn tun, Henrit? Ich bin doch von

„Ja, an der Arbeit. Aber du könntest etwas weniger

„Weißt du wirklich, daß wir sie alle drei von uns geben

„Aber was soll ich denn tun, Henrit? Ich bin doch von

„Ja, an der Arbeit. Aber du könntest etwas weniger

„Weißt du wirklich, daß wir sie alle drei von uns geben

Er blieb stehen: „Wäre das denn so schrecklich?“

„Nein, für dich vielleicht nicht,“ sagte sie und ging wieder

Es war schon April geworden, der Frühling machte sich

„Ach, sehen, Mama!“ Und zwei Mädchen hingen sich

In der letzten Zeit war es immer peinlich, wenn er kam,

Er tat, als merke er nicht, daß sie aufstand und ihm die

„Ist er auch heute nicht zu Hause?“ fragte er endlich.

„Früher war er immer zu Hause, he, he!“

Das lange, weiße Haar, der dicke gelbliche Bartfranz unterm

„Wie geht es dir, Vater?“

„Mir? Großartig. Beht haben wir Versteigerung bei

Der Alte lachte mit zusammengekniffener Munde, und

und die bleuroten Hände zitterten noch stärker an der Stockrücke.

(Fortsetzung folgt.)

Nicht genügend sind bei der lebhaften Debatte um die Reichsbahn die grundlegenden Veränderungen berücksichtigt worden, welche die Wirtschaft der Nachkriegszeit für die Gestaltung des Verkehrswezens gebracht hat.

Noch mehr gilt das aber für die Schwierigkeiten, die sich aus der Valutaverflechtung und aus der Preisentwicklung im Inland ergeben. Im 2. Heft der vom Reichsverkehrsministerium herausgegebenen Schrift, die Reichsbahn (Verf. H. Stille, Berlin, Pr. 20 M.), das wieder auf die Frage der Entlastung der Bahnen eingeht und eine Reihe bemerkenswerter Mitteilungen über die neueren Probleme des Verkehrs und der Betriebsverhältnisse enthält, macht Ministerialrat Dr. Ing. Tecklenburg dazu folgende Feststellungen:

Der internationale Verkehr von Ausland zu Ausland hat Formen angenommen, die man wohl als Valutaverkehr bezeichnen kann; er sucht möglichst langen Markt, und möglichst kurzen Gütern- oder Frankenweg, strebt also danach, auf möglichst weiten Strecken den Durchgang durch Deutschland zu nehmen und verursacht der Reichsbahn hohe betriebliche Leistungen, die nicht dem deutschen Verkehr zugute kommen.

Dazu kommen die häufigen Verkehrsstöße, die durch drohende Tarifserhöhungen ausgelöst werden. Außerordentlich wirksam wirkt ferner der Umstand, daß eine Beschränkung der Verbraucherpreise, insbesondere mit Kohlen, unterblieben ist, während in früheren Zeiten die planmäßige Vorratswirtschaft die Senkung der für Kohle bestimmten Leistungen zuließ, dauern jetzt die Anforderungen für diese in unvermindelter Höhe fort.

Alle diese Momente haben den in den früheren stabilen Friedensverhältnissen auch gewissen Erschütterungen durchaus widerstandsfähigen Betriebsapparat jetzt zu einem sehr empfindlichen Körper gemacht, der zahlreiche schwache Stellen aufweist. Ueberhaupt man an diesen die Anforderungen, so zeigen sich Krankheitserscheinungen mit den bekannten Symptomen, und wenn nicht die Heilung bereits im Entstehen des Leides gelingt, werden oft große Teile des Gesamtkörpers in Mitleidenschaft gezogen.

Alle diese Hemmungen würden auch zutage treten, wenn die Eisenbahnen durch die eine oder die andere Form entlastet würden. Von den Leuten, die bei einer Entlastung des Blaus vom Himmel herunter versprechen, muß zum allermindesten Auskunft darüber verlangt werden, wie sie diese Schädigungen des Verkehrs durch außenpolitische Momente verhindern wollen.

Eine internationale Interessengemeinschaft in der Farbstoffindustrie. Rund ein Jahr dauerten die Verhandlungen über den Abschluß einer Interessengemeinschaft zwischen der deutschen und französischen Farbstoffindustrie, die nunmehr zum Abschluß gelangt sind. Der Vertrag wurde geschlossen zwischen der unter Regierungskontrolle stehenden Compagnie Nationale des Matieres Colorantes et Produits Chimiques, auf der deutschen Seite die im deutschen Farbstoffartikel zusammengeschlossenen 7 großen Firmen. Ueber den Inhalt des Abkommens macht die „Chicago Tribune“, die von der Compagnie Nationale die Tatsache des erfolgten Abschlusses bestätigt wird, folgende Angaben: Das deutsche Farbstoffartikel wird der französischen Gesellschaft in weitestem Maße technische Unterstützung angedeihen lassen.

Als Bäder als Städtegründer. Die Hoffen durch seine Gründungen und Siedlungen in Hamborn sich als Siedlungsgründer bekannt gemacht hat, so will laut RIZ auch Klöcker ein großes Gemeinwesen errichten, das in der Gegend von Kaugel, dem Orte des Borthinger Hüften- und Bergwerksvereins zwischen Dortmund und Herne seinen Sitz hat. Das Interessengebiet würde nach Durchführung der geplanten Ansiedlungen 70 000 Einwohner zählen und bis in den Kreis Bochum hineinreichen. Selbst an die Gründung einer eigenen Zeitung ist gedacht. Klöcker löst mit seinen Plänen auf den Widerspruch von Herne und von Gostrop, das selbst Großstadt werden will, Verständigungsversuchen gegenüber verhält sich Klöcker ablehnend. Er will offenbar seine beabsichtigte Siedlung von den kommunalen Bauteilen der anderen Städte freihalten und findet leider auch bei solchen Leuten, die für diese Frage wenig Verständnis haben, Zustimmung.

Verbraucherern ab 1. Mai. Vom nächsten Monat ab tritt das Gesetz über die Erhöhung der Rindwarensteuer und das Gesetz über die Erhöhung von Fellen in Kraft.

stehende Sozial feinerleits an sie mit einem entsprechenden Ergehen heranzuziehen ist. Mit der Vermehrung der Arbeitsstätten wächst die Zahl der Hörer und Hörerinnen, und zwar sowohl relativ als auch absolut. Im vergangenen Arbeitsjahr wies die Volkshochschule die beachtenswerte Ziffer von 15 000 zahlenden Hörern auf. Dies beweist, daß die Bestrebungen der Volkshochschule Groß-Berlin einem wirklichen Bedürfnis entgegenkommen. Hörerkarten und Arbeitspläne erhält man außer an den durch Plakate kenntlich gemachten Stellen in der Geschäftsstelle, NW 7, Georgenstr. 34, 36 (Dienststunden von 8-4, Freitag 8-6, Sonnabend 8-2 Uhr).

Neue Postföhrer für den Verkehr mit Westpolen.

Die polnische Postverwaltung hat mitgeteilt, daß sie die frühere vorläufige Vereinbarung, wonach Briefsendungen aus Deutschland nach Westpolen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) als genügend freigemacht angesehen wurden, wenn sie nach innerdeutschen Sätzen freigemacht waren, nicht länger als bis zum 20. April d. J. gelten lassen könne. Vom 21. April an müssen daher alle aus Deutschland nach Westpolen gerichteten Briefsendungen nach den Westpostvorschriften, d. h. wie Sendungen nach dem sonstigen Ausland, freigemacht werden. Derselben Satz werden für Briefsendungen aus Westpolen nach Deutschland zur Anwendung kommen. Pöchen sowie Drucksachenarten gegen besonders ermäßigte Gebühr sind von diesem Tage an nach Westpolen nicht mehr zugelassen. Für Ansichtskarten gelten die Vorschriften des Westpostvereins. Es wird dringend geraten, Sendungen nach Westpolen vom 21. April ab richtig nach den Westpostvorschriften freizumachen, weil sonst die Empfänger hohe Nachgebühren zu zahlen haben.

Eine Zufluchtsstätte für gefährdete Kinder.

Die Berliner Stadtverordneten hatten im Juni v. J. den Magistrat um eine Vorlage ersucht über die Einrichtung einer Anstalt, in der jederzeit gefährdete Kinder aufgenommen werden können, wenn sie nicht armenrechtlich hilfsbedürftig sind. Der Magistrat hat das Klarheim, das Landhaus eines Kaufmanns Schwarz in der Koloniestraße 22, auf 5 Jahre gemietet. Die für die erste Einrichtung, für Instandhaltung und für die einmalige Abfindung der jetzigen Mieterin erforderliche Summe beträgt 168 000 Mk.

Die Schlachthöfe der neuen Getreidemühle der Straßenbahn werden demnächst ausgegeben. Die künstlerische Ausstattung ist wiederum von Professor Böhm entworfen und wird der ganzen Serie, die dann aus 10 verschiedenen historischen Verkehrsbildern besteht, außer zahlreiche Freunde zuführen.

Eine gewissenlose Ausbeutung Arbeitssuchender und armer Heimarbeiter führte den erst Währungs Lageristen Max Jonas unter der Anklage des Betruges und der schweren Urkundenfälschung vor den Strafrichter. Der Angeklagte hatte in mehreren Leistungen Inzerate erlassen, nach welchen sich Heimarbeiter Wochengeldern, täglich bis zu 200 Mark zu verdienen. Die sich meldenden Personen, zumeist Heimarbeiter und Arbeitslose, mußten dann von dem Anzeigekleber für 7,80 Mk. ein angebiltes von ihm erfindenes neues Abrechenhilfsmittel käuflich erwerben, welches sich später als völlig wertlos herausstellte. Das Schöffengericht hatte Jonas zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen dieses milde Urteil legte er auch noch Verurteilung ein, welche jedoch von der Strafkammer kostenpflichtig abgewiesen wurde.

Erweiterung des Schöneberger Rathauses. Das neue Rathaus in Schöneberg hat sich schon vor einiger Zeit als erweiterungsbedürftig erwiesen. Die frühere Schöneberger Stadtverordnetenversammlung hatte für diesen Zweck schon 6,2 Millionen bewilligt. Infolge der inzwischen gestiegenen Preise ist ein Mehrbedarf von ungefähr 1 1/4 Millionen entstanden, den die Bezirksversammlung jetzt bewilligen soll. Zur Deckung der Ausgaben sollen zunächst die von der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu erwartenden Zuschüsse verwendet werden.

Im der Handelshochschule Berlin ist die erste Kommunitationskassette das Sommersemester am Sonnabend, den 22. April, festgelegt. Das Nähere ist aus der amtlichen Bekanntmachung im Anzeigenteil zu ersehen.

Rundgebung der Kriegsgegnerischen Jugend. Donnerstag, den 20. April, 7 1/2 Uhr, veranstalteten die Weltkriegsgegnerische Jugend und Berliner Jugend im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Berlin SW, Köpenick 15, eine Kundgebung gegen den Krieg und für internationale Verständigung. Der Anlaß bietet die Kampfenheit französischer und anderer Vertreter der Kriegsgegnerischen Jugend im Ausland, die in der Versammlung sprechen werden. Das Hauptreferat hat Professor Paul Oetzel gehalten. Im Reden eine Reihe Jugendbeauftragter. Alle antwortungsfähigen Jugend ist eingeladen.

Zu der Gedächtnisfeier des Admiralbalak werden vom Mittwoch, den 19. bis einschließlich Sonntag, den 23. April fünf Abendsvorträge in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Köpenick 15, gehalten. Es sprechen Paul Oetzel, Ernst Kanner, Walter Kahlen, Kurt Müller und andere. Als Auslandsberichterstatter spricht Paul Cammermeyer, Paris. Inzwischen sind auch gesehnt, beteiligt auch zahlreich an der Kundgebung.

Absturz in den Bergen. Bei St. Anton im Tiroler Gebiet (Deutsch-Österreich) stürzten drei junge Münchener Touristen auf einer Skitour infolge Vordringens einer Lawine 50 Meter tief ab. Zwei fielen in eine Schneewehe und kamen vollständig unterleht; davon, während der Dritte mit dem Kopf auf einen Felsen aufschlug und sofort tot war.

Jugendveranstaltungen.

Weser-Keller-Jugend Groß-Berlin, SW, 66, Lindenstr. 1, 2. Hof, 2. Erw. Telefon Reichshof 121 66-121 10.

Eine Kundgebung der Kriegsgegnerischen Jugend findet am Donnerstag, den 20. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Köpenick 15, statt. Es sprechen Paul Oetzel, Ernst Kanner, Walter Kahlen, Kurt Müller und andere. Als Auslandsberichterstatter spricht Paul Cammermeyer, Paris. Inzwischen sind auch gesehnt, beteiligt auch zahlreich an der Kundgebung.

Heute, Mittwoch, den 19. April:

Freischule: Jugendheim Berliner Str. 44, Ecke Schlegelstraße, Portna: „Das ist Sozialismus“ - Friedrichshagen: Jugendheim Schornmeierstr. 166, Vortrag: „Schönheiten der West-Brandenburg“ - Kaulsdorf: Jugendheim Gemeindefschule Köpenick 15, Vortrag: „Von Versailles bis Versailles, die Geschichte der deutschen Monarchie“ - Kaulsdorf-Süd: Jugendheim Restaurant „Sonnenschein“, Vortrag: „Jugend und Ziele der Arbeiterjugend“ - Südend: Jugendheim Portna 10, Vortrag: „Warum besteht der Verein Arbeiterjugend?“ - Prenzlauer Berg: Jugendheim Gemeindefschule Senefelderstr. 67, Vortrag: „Entstehung der Arten“ - S. Kreis Friedrichshagen: Jugendheim Gemeindefschule Kastelerstr. 8, Kreisamtsgebäude, Vortrag: „Die Frau im Berufsleben“.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch reichlich, Geschäft rego. Fische ansehnlich, Geschäft ziemlich rego. Obst und Gemüse schwach, Geschäft etwas lebhafter.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Schweinefleisch 26-42 M. Rindfleisch 30-36 M., ohne Knochen 30-43 M. Kalbfleisch 30-40 M. Hammelfleisch 30-41 M. Rückenschnitt 50 M. Linsen 51-52 M. Rindertalg 41 M. Schellfisch 9-10 M. Seelachs 8 M. Dorsch 6 M. in Eis: Scholle 20-25 M. Hechte 18-25 M. Aale 40-55 M. Flundern 10-12 M. Lebende Barsche 20 M. Karpfen 25-34 M. Bielle 15-20 M. Naturbutter 66-72 M. Margarine 82 bis 49 M. Schmelzwachs 45-49 M. Kaffee 96-110 M. das Pfund. Eier 4,20-4,50 M. Erbsen 9-11 M. Wollsa Bohnen 9-10 M. Weizenmehl 10 bis 12 M. Stapsen 9-10 M. Maisgrieß 9 M. Grießnudeln 14-16 M. Reis 10-13 M. Kartoffeln 30 M. 10 Pfund. Blumenkohl 14-25 M. der Kopf. Rotkohl 9-12 M. das Pfund. Spinat 7-8 M. Grüne Gurken 25-32 M. das Stück.

mal nachgeliefert werden, wie ein sozialistischer Stadtrat sein Amt zur Eringung persönlicher Vorteile ausnützt. Auf eine faulbilde Lüge mehr oder weniger kommt es dabei nicht an.

Die in der „Zeit“ veröffentlichte Notiz wußte noch ein anderes Geschickliches zu melden, das Schlichting in seiner Antwort unbedacht gelassen hat. „Und wie ist es“, las man da weiter, „mit der Zuweisung der Wohnung in dem städtischen Gebäude Albrechtstr. 26 bestellt, die nach längerem Verstreichen von einem jungverheirateten Bruder eines Stadtrats bezogen worden ist? Alle Bewerber um diese leerstehende Wohnung wurden vertrieben. Jetzt weiß man, warum“. Wir wollen uns die Angaben des Beschwerdeführers nicht zu eigen machen und müssen die Verantwortung ihm selber überlassen. Feststellen können wir aber, daß in dem Hause jetzt ein Mieter Ehefrau wohnt, und daß es in Besitz eines Stadtrats Benedek gibt. Der Herr Stadtrat ist Mitglied der Deutschen Volkspartei.

18 Millionen für Spielplätze.

Errichtung eines „Stadtsamts für Leibesübungen“.

Eine Magistratsvorlage, die die Anlegung neuer Spiel- und Sportplätze für die heranwachsende Jugend betraf, war seinerzeit einem Stadterordneten aus dem Hause übergeben worden. Dieser Ausschuß hat gestern getagt und sich zunächst für die Ausführung einiger besonderer Plätze ausgesprochen. Die Arbeiten sollen, wie bekannt, mit Hilfe der produktiven Erwerbslosen fürsorge ausgeführt werden. Der Ausschuß hat bis jetzt die Mittel für folgende Spielplätze bewilligt. Für den Dominicusplatz am Priesterweg in Schöneberg mit 3 Millionen, den Spielplatz in Oberishöneweide mit 2,5 Millionen, in der Wuhldelle mit 4,1 Millionen, in der Jungfernheide mit 4,5 Millionen, in Blöhensee mit 250 000 M. und in Weihensee mit 3,5 Millionen. Der lehtgenannte Entwurf, der sich dem Waldpark am Faulen See in Hohenishönewald anschließt, wurde als landschaftlich besonders ansprechend bezeichnet, soll aber wegen einer besseren Anlage der Tribünen nachgeprüft werden. Der Plan des Spielplatzes in Eicklamp wurde zurückgestellt. Der Ausschuß hat das hierfür bestimmte Gelände nach einer Besichtigung unterzogen. Mit der Ausführung der bewilligten Spielplätze soll sofort begonnen werden. Gleichzeitig hat der Ausschuß mehrere Beschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung gefaßt. Der Magistrat wird ersucht, die gesamte Spielplatzfrage, die bisher in vier verschiedenen Gremien bearbeitet wurde, einheitlich zu behandeln und ein Stadtsamt für Leibesübungen zu errichten, durch das Turnen, Spiel und Sport der Jugend wie der Erwachsenen zusammengeführt wird. Schließlich soll der Magistrat dafür Sorge tragen, daß der Besuch der außerhalb gelegenen Sportplätze durch Gewährung besonderer Ermäßigungen auf der Straßenbahn erleichtert wird, auch sind mit der Eisenbahn dahingehende Verhandlungen zu führen.

Damenbekanntschaft von der Straße.

Ein Geschäftsführer der landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft in Beeskow war am 10. d. M. nach Berlin gekommen und hatte hier auf der Reichsbank für die Genossenschaft 191 000 M. erhoben. Das Geld, Tausend- und Hundertmarkstücke, steckte er in seine Aktentasche. Auf dem Wege zum Bahnhof machte er die Bekanntschaft einer Dame, mit der er gemeinsam ein Restaurant und im Anschluß daran eine Bierstube aufsuchte. Schließlich wollte sie mit ihm nach Potsdam fahren. Als dann der Geschäftsführer an die Fahrkartenausgabe ging, um Karten zu lösen, blieb die Dame in einiger Entfernung mit der Tasche stehen. Tropfen er sie nur wenige Augenblicke aus den Augen gelassen hatte, war sie plötzlich spurlos verschwunden. Zweifellos hatte sie beobachtet, wie der Herr das Geld abgehoben hatte und war ihm gefolgt, um sich eine Gelegenheit zum Diebstahl der Tasche mit dem wertvollen Inhalt zu verschaffen.

Verlogenheit oder nur Dummheit?

Bei den Feinden der Republik ist es üblich geworden, möglichst alle wirtschaftlichen Mißstände und sittlichen Mängel als „Zeichen der Zeit“ zu registrieren. Gütten wir, wollen sie sagen, nach die Monarchie und unseren Wilhelm II., dann wäre dies und das ganz undenkbar. In einem deutschen Blatt findet sich eine Klage über Blumenliebhaber, die auf Friedhöfen vorgekommen sind. Friedhöfbesucher, vereinzelt auch Friedhofangestellte, haben sich an Grabstätten vergreifen, Blumen gestohlen und sogar frische Hügel ihrer Artzuda berührt, die dann in einem Blumenladen erneut verkauft wurden. Im Anschluß an die Mitteilungen über dieses verwerfliche Treiben spricht das Blatt von der betrübenden Erkenntnis, wie weit die Zeit das sittliche Empfinden mancher Menschen hat sinken lassen. „Ach nein, über Diebstahle auf Friedhöfen muß in Berlin leider schon seit Jahrzehnten geklagt werden. Auch die gewerbemäßigen Blumen- und Kranzdiebstahle zum Zweck des Wiederverkaufs sind ein altes Übel, das schon vor vielen Jahren auf den Friedhöfen zu schweren Kontrollmaßnahmen nötigte. Sollen wir die Sucht, aus allem und jedem einen Sittenspiegel dieser „Zeit“ folgern zu wollen, auf Verlogenheit zurückzuführen? Oder müssen wir den deutschen Nationalen „Sittenschilderern“ eine thätige Portion Dummheit zugute halten?“

Zur Berufswahl der Schulklassen.

Das Berufsamt Berlin-Nichtenberg, Schreiberhauer Str. 2, teilt uns mit, daß ihm rund 1400 Knaben und Mädchen zur Berufsberatung und Lehrstellensmittlung angemeldet sind. Wenn auch die Zahl der vermittelten Stellen eine erfreuliche Höhe hat, so konnten doch bei weitem nicht alle zur Verfügung stehenden Lehrstellen vermittelt werden. Als Grund hierfür ist wohl anzunehmen, daß sehr vielen Eltern das Berufsamt nicht genügend bekannt sein dürfte und ein Teil der Eltern wohl der Meinung ist, daß nach dem 1. April offene Lehrstellen nicht mehr vorhanden seien. Aber viele Lehrherren warten noch auf Zuweisung von Schülern durch das Berufsamt. Das Berufsamt fordert daher die Eltern auf, es in Anspruch zu nehmen. In folgenden Berufen sind noch Lehrstellen frei: a) für Knaben: Maser, Drahtzieher, Dachdecker, Friseur, Glaschleifer, Bootsbauer, Elektro-Instalatoren, Formner, Elektrotechniker, Metzger, Grobware, Klempner, Maler, Kaufleute, Pianobauer, Pfeifer, Lapiezierer, Stralmacher, Bäcker, Schmiede, Pantinennmacher, Schlosser, Schuhmacher, Tischler, Werkzeugmacher, Zeichner, Bandwirte, Sattler; b) für Mädchen: Schneiderinnen für Konfektion, Verkaufserinnen, Näherinnen, Näherinnen, angeleitete Berufe, Friseurinnen. Die Berufsberatung ist geöffnet von 9-1 Uhr, für Knaben Montags, Mittwochs und Freitags und für Mädchen Dienstags und Donnerstags, geschlossen Sonntags.

Volkshochschule Groß-Berlin.

Unmittelbar nach dem Osterfest legt die neue Arbeitsperiode ein. Die ersten Kurie und Arbeitsgemeinschaften beginnen am Donnerstag, den 20. April. Außerordentliche Reichhaltigkeit des Lehrplans bietet es, sie im einzelnen aufzuführen. Es verdient jedoch hervorgehoben zu werden, daß alle Wissensgebiete zu Wort kommen. Die Volkshochschule Groß-Berlin unterhält außer in den Verwaltungsbezirken 1-6 zahlreiche Arbeitsstätten in Zehlendorf, Reinickendorf, Weihensee, Lichtenberg-Karlshorst, Kreuzow, Obersichöneweide-Niederishöneweide-Zollnischthal, Köpenick, Neutölln, Tempelhofer-Mariendorf, Schöneberg, Friedenau, Steglitz, Lantwip-Nichtenberg, Wilmersdorf, Charlottenburg. Diese aufsteigende äußere Entwicklung hat die Volkshochschule Groß-Berlin in keiner Weise von sich aus beschleunigt, sie ist vielmehr in jedem Falle erst dann zur Uebernahme oder Reueinrichtung einer Lehrstätte geschritten, wenn der in Frage

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Ergebnisse der Genossen zu den Veranstaltungen stets erforderlich!

12. Hdt. Mahlsdorf, Mittwoch, den 19. April, 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Hotel... Thema: „Sonnen und andere Politik“.

- 9. Kreis Schöneberg, Mittwoch, den 18. April, 7 1/2 Uhr, Kreisparteiverammlung...
10. Kreis Tempelhof, Mittwoch, den 18. April, 7 1/2 Uhr, Sitzung des Kreisvorstandes...
11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen, Sonntag, den 20. April, 7 1/2 Uhr, bei Hdt. Weitz...

Heute, Mittwoch, den 19. April:

12. Hdt. Steglitz, 8 Uhr bei Schöneberg, Altkreisr. 19, Mitgliederversammlung...
13. Hdt. Prenzlauer Berg, Freitag, den 21. April, 7 1/2 Uhr, Kreisparteiverammlung...

Opernhaus Schatzgräber 8 1/2 Uhr
Schauspielhaus Armand Carrel 7 1/2 Uhr
Deutsch. Theat. 7 1/2 Uhr: Cyrano von Bergerac...

Volkstheater Die Ratten 7 1/2 Uhr
Lessing-Th. 7 1/2 Uhr: Kollege Crampton
Deut. Künstler-Th. 7 1/2 Uhr: Die Kardastürstin

KOMISCHE OPER 7 1/2 Uhr
Der Sensationserfolg Berlins!
Der Meister vom Montmartre
Dr. Waldemar Staegemann, Margit Suchy, Balzer Lichtenstein...

Gr. Schauspielh. (Karstadt) 8: Danton's Tod
Theater i. d. Königsgrätz, Str. 7:30: Die wunderl. Hch. Geschichten...

Russ.-Deutsch.-Th. D. blaue Vogel!
Trianon-Th. Täglich 8 Uhr: Der Vulkan
Lustspiel v. L. Falda

Circus Busch
Admirals-Palast
Nur noch bis 26. April geöffnet. Tägl. 7 1/2 Uhr: Große Revue...

Berliner Th. (Schauspielh. v. d. Gärten) 7:30: Madame F. Ari
Central-Theater (Vorstellung Sonnabend 7 Uhr): Die Hädels v. Davos...

APOLLO (A. U. Theater) 8 U: Dir. Jam. Klein
Abendlich Die große Russisch-Operette von Paul Lincke
Venus auf Erden

Metropol-Variété
Behrensstr. 64
Sonntag, 20. April, 7 1/2 Uhr: EHRENABEND
Festveranstaltung

5 Frankfurter
Schloßpark-Th. 7 1/2: Die Herren von und zu...
Phyllis
Großes Haus
Liebes Leid

U.S. LINES
Regelmäßige Abfahrten BREMEN NEW YORK
Vorzügliche Reisegelegenheit in allen Klassen...

Residenz-Th. Tägl. 7 1/2 Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung
Kleines Th. Tägl. 7 1/2 Uhr: Das kleine Schokoladenmännchen
Theater des Ostens (Rose-Theater) 8: Beirat auf Probe

BREMEN NEW YORK
Auskunft und Fahrpläne durch GENERALVERTRETUNG
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
in Berlin: Norddeutscher Lloyd, Kajütenbüro, U. d. Linden 1...

14. Hdt. Prenzlauer Berg, Freitag, den 21. April, 7 1/2 Uhr, Kreisparteiverammlung...
15. Hdt. Prenzlauer Berg, Freitag, den 21. April, 7 1/2 Uhr, Kreisparteiverammlung...
16. Hdt. Prenzlauer Berg, Freitag, den 21. April, 7 1/2 Uhr, Kreisparteiverammlung...

Frauenberausammlung. 7 1/2 Uhr im Hotel Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, 15. Thema: „Keine Zurückblicke während des Krieges im Osten“...
Morgen, Donnerstag, den 20. April:
17. Hdt. 7 1/2 Uhr in der Schulstra. Sonnenburger Str. 20, Hauptversammlung...
18. Hdt. 7 1/2 Uhr bei Burg, Prenzlauer Berg, wichtige Sitzung der Funktionäre...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Junglehreabteilung der entlassenen Schülerform. Öffentliche Sitzung im Stadions, Alsterstraße, Saal 110, Freitag, 21. April, 7 Uhr...
2. Vortragsabteilung für Volksschulen (Koll. Red.) wolle willkommen sein...
2. Hdt. Prenzlauer Berg, Sonntag, den 22. April, 7 Uhr, Nebensitzung der Diefen, Stargarder Str. 3; anschließend Generaterversammlung...

Weiter bis Donnerstag mittag. Anfangs noch größtenteils trübe und kühl und besonders im Osten vielmal leichte Regenschauer, dann im Westen beginnende langsame Aufhellung...

Formamint
Tabletten vernichten die Bakterien in Mund und Rachen und gewähren Schutz vor Ansteckung in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Opernhaus Schatzgräber 8 1/2 Uhr
Schauspielhaus Armand Carrel 7 1/2 Uhr
Deutsch. Theat. 7 1/2 Uhr: Cyrano von Bergerac...

Volkstheater Die Ratten 7 1/2 Uhr
Lessing-Th. 7 1/2 Uhr: Kollege Crampton
Deut. Künstler-Th. 7 1/2 Uhr: Die Kardastürstin

KOMISCHE OPER 7 1/2 Uhr
Der Sensationserfolg Berlins!
Der Meister vom Montmartre
Dr. Waldemar Staegemann, Margit Suchy, Balzer Lichtenstein...

Gr. Schauspielh. (Karstadt) 8: Danton's Tod
Theater i. d. Königsgrätz, Str. 7:30: Die wunderl. Hch. Geschichten...

Russ.-Deutsch.-Th. D. blaue Vogel!
Trianon-Th. Täglich 8 Uhr: Der Vulkan
Lustspiel v. L. Falda

Circus Busch
Admirals-Palast
Nur noch bis 26. April geöffnet. Tägl. 7 1/2 Uhr: Große Revue...

Berliner Th. (Schauspielh. v. d. Gärten) 7:30: Madame F. Ari
Central-Theater (Vorstellung Sonnabend 7 Uhr): Die Hädels v. Davos...

APOLLO (A. U. Theater) 8 U: Dir. Jam. Klein
Abendlich Die große Russisch-Operette von Paul Lincke
Venus auf Erden

Metropol-Variété
Behrensstr. 64
Sonntag, 20. April, 7 1/2 Uhr: EHRENABEND
Festveranstaltung

5 Frankfurter
Schloßpark-Th. 7 1/2: Die Herren von und zu...
Phyllis
Großes Haus
Liebes Leid

U.S. LINES
Regelmäßige Abfahrten BREMEN NEW YORK
Vorzügliche Reisegelegenheit in allen Klassen...

Residenz-Th. Tägl. 7 1/2 Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung
Kleines Th. Tägl. 7 1/2 Uhr: Das kleine Schokoladenmännchen
Theater des Ostens (Rose-Theater) 8: Beirat auf Probe

BREMEN NEW YORK
Auskunft und Fahrpläne durch GENERALVERTRETUNG
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
in Berlin: Norddeutscher Lloyd, Kajütenbüro, U. d. Linden 1...

Casino-Theater
Ulrichstr. 21, Tel. 74
Der neue Schläger!
Der Hefe aus Afrika
Vorher vollständig nur bei
v. d. Gärten, Leitz-Rose
Volksküchle. Preise!
Stg. 2 1/2: Der stühle Herr

SCALA
Tägl. 8 Uhr
Internat. Variété
Pelzhaus abuco
Leipziger Str. 58
Zahlungsverleumdung

Rustica
mit schräger Spitze
Die Feder unserer Zeit

Brause & Co., Iserlohn
Robstoff- und Spargenswissenschaft der Schuhmacher für Reaktor u. Umgegend
Wingarten
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

Theater i. d. Köth. Str.
Altkreisr. 7 1/2 Uhr:
Sonntags nach 2 U.
Elite-Säng.
u. a. Ein toll. Ehemann.
Berl. Anno
Tobak
Klein. Kuch. Ph.

Graue Haare
erhalten ihre ursprüngliche Farbe u. natürliche Jugendglanz wieder durch unseren erprobten und bewährten Haarfarbwiederhersteller „Youpla“
Kopp & Joseph, Parfümeriefabrik, Berlin W 90, Potsdamer Str. 122a

Handelskammer zu Berlin
Handels-Hochschule Berlin
Das amtliche Verzeichnis der Vorlesungen und Übungen im Sommer-Semester 1922...
Erste Immatrikulation: Sonnabend, den 22. April 1922. Beginn der Vorlesungen u. Übungen: Montag, den 24. April 1922.
Der Rektor: Prof. Dr. Martens.

RUSSISCHE KORRESPONDENZ Nr. 1/3
Inhalt: N. Lenin: Ueber die neue ökonomische Politik Sowjetrusslands...
Preis 30 Mark (Organisationspreis 20 Mark)
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahmbley, Hamburg

Unreines Blut
und dessen Folgeerscheinungen, wie Hautjucken, blasse Gesichtsfarbe, Gesichtspiktel, werden beseitigt durch Anwendung einer Frühjahrskur mit Dr. Hoffbauers ges. gesch.
Arsen-Lecithin-Pillen
Leicht beherrschbar! Blutbildend!
Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74 (Donhoffplatz), Zentrum 7192.

Eine Spezialität unseres Hauses
Weiß lackierte Möbel
Kinderzimmer, Tochterzimmer, Schlafzimmer, Frühstückszimmer, Küche und Garderobenschränke, Bügel- u. Wäschekommoden, Nachtschränke
Kaufhaus Westens

Gold- u. Silber-Bruch
 Brillanten etc.
zählt die höchsten Tagespreise
Juwelen-Einkaufsgesellschaft
Berlin Antwerpen
Behnhstraße 12 (Spittelmarkt)

Korpulenz - Fettliebheit
Dr. Hoffbauers ges. gesch. Entfettungs-Tabletten
ein vollkommen unschädlich u. erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Ring-Schildkröte, kein Abführmittel! Russl. Preisliste gratis.
Elefant-Apotheke
SW 19, Leipziger Str. 74, Dönhofpl.

Tuchfabrik-Niederlage
H. Lamprecht, Bin.-Treptow, Buchstr. 17, liefert Stoffe f. Damen u. Herren in jeder Breite, Stoffe für Kleider u. Kostüme, 50 verschiedenen Farben für Damen u. Herren.
Unterschlagen
ein Handwagen mit Geschlossenplanen, Dreiräder, Katalagen, Korb- und Gerüstwagen auf Rollen, Sammermann, für Arbeitsträger oder als kleine hohle Beförderung. N. Kammermann, Leipziger Str. 66. Telef. 9159, 112156

Spezial-Arzt Dr. Scotti, Haut-, Syphilis-, Salvarsan-Kur ohne Quecksilber, Veralt. Harnleite., Schwäche, Gicht, Eritalg, Bluterkrankung, im Höchst-Löser-Inst.
Dir.: Löser senior Sonntag 9-11
Rosenthaler Str. 69/70, nahe N. Damenstr. separ.

Gold-Silber-Platin, Brillanten, etc.
Messing, Kupfer, Blei, Zink etc.
zahlte Tagespreise
Frankfurter Allee 275
Nähe Ringbahnhof,
Telegraf wird empfangt.

Gold-Silber-Platin, Brillanten, etc.
Messing, Kupfer, Blei, Zink etc.
zahlte Tagespreise
Frankfurter Allee 275
Nähe Ringbahnhof,
Telegraf wird empfangt.

Wichtige Neuerscheinungen des Verlages der Kommunistischen Internationale
In Kürze erscheint:
Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der K.I. Nr. 20 des III. Jahrganges.
Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitalismus. Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutiven der Komm. Internationale. Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922. Preis 30 M. (Organisationsausgabe 15 M.)
E. Varga: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. (Zweite vermehrte Auflage.) Preis 29 M., geb. 30 M. (Organisationsausgabe 12 M.), geb. 20 M.
John Reed: Zehn Tage, die die Welt erschütterten. Preis 32 M., geb. 45 M. (Organisationsausgabe 20 M., geb. 30 M.)
In rascher Folge erscheinen:
L. Trotzki: Georgien. / Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelspiel Georgiens.
L. Trotzki: Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Komm. Internationale. Zwei Reden, gehalten auf der Konferenz der Erweiterten Exekutiven der Komm. Internationale.
Klara Zetkin: Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgeld und Krieg. Bericht auf der Konferenz der Erweiterten Exekutiven der Kommunistischen Internationale.
Bereits erschienen:
N. Lenin und G. Sinowjew: gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914-1917. Preis geb. 80 M., brosch. 60 M. (Organisationsausgabe 45 M., geb. 30 M., brosch.)
Zu beziehen durch Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahmbley, Hamburg, sowie durch sämtliche Buchhandlungen und Organisationen der KPD.

